Groß-Berlin: Allgemeine Mitgliederversammlung

am Freitag, den 28. Juni 1929, in den Andreasfestsälen, Andreasstraße 21

wissen, daß eine Frau mit einem Kind in den junkerlichen Domänen die Hölle auf Erden hat, daß eine solche Frau stets in einer Lage ist, der nur zwei Auswege zuläßt: Selbstmord oder Kindesmord. Und da diese hier keinen Selbstmord begangen hat, was ist das klarer, als daß sie Kindesmörderin ist.

Das ist die Logik der Liga für Menschenrechte. Und diese Logik hat etwas bestechendes an sich. Und da es eine philosophische Lehre gibt, daß Selbstmord ein größeres Verbrechen ist als Mord, deshalb gibt es soviel Kindesmorde bei denen, die dazu verurteilt sind, ihr Leben in den junkerlichen Höllen fristen zu müssen.

„Kein Mensch darf verurteilt werden, ohne daß ihm seine Schuld nachgewiesen ist." Dieses Eckprinzip der Liga für Menschenrechte hatte Herr Brandt auch in Neustrelitz als Grundpfeiler seiner Anklagerede gegen die armseligen, geistig verkrüppelten Schächer aufgebaut. Also der „Schuldige" muß verurteilt werden. Der „Schuldige", der aller seiner Menschenrechte und seiner Menschenwürde beraubte, zum Kretin degenerierte Prolet, das Arbeitstier der Junker, gehört immer an den Galgen, wenn er durch die kapitalistische Ausbeuterordnung zur Verzweiflung getrieben, zum Verbrecher an der kapitalistischen Ordnung wurde. Wer in kapitalistischem Sinne „schuldig" ist, gehört unter die kapitalistische Guillilotine. Das ist die Auffassung von den „Menschenrechten" dieser famosen Liga.

Der Liga gehören bekanntlich eine ganze Anzahl der Prominenten der SPD. und KPD. an. Daß der Herr Rechtsanwalt Brandt keine Silbe wußte von den Ursachen, die den kleinen Ewald mordeten? Keine Silbe von den zum Himmel schreienden sozialen Verhältnissen, die mehr als ein Dutzend Menschen in eine kleine Kate zusammenpferchten, die für dreie zu klein war! Kein Sterbenswörchen von dem Einkommen, von dem oft mehr als ein Dutzend Menschen leben, das für zwei unzureichend wäre. Von der den Menschen mit Naturnotwendigkeit zum Tier degradierenden Behandlung der Mecklenburger Landarbeiter wußte Herr Brandt kein Wort, scheint die Liga für Menschenrechte nie etwas gehört zu haben. — Oder. . . ?

Die Liga für Menschenrechte ist eine Institution für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Mordordnung. Für Proletarier hat sie sich in Neustrelitz gerichtet.

Individueller Materialismus

oder

Die „Welt am Abend" bildet Kapital durch das Volk.

Ein Genosse, der den Rummel besucht hat, den die „Welt am Abend" veranstaltete, schreibt uns:

Daß Arbeiter in der Regierung sitzen, daß das Kapital monopolisiert und aus einzelnen Kapitalien große Riesenkapitale schafft, welche durch die Gewerkschaftne reguliert werden, ist nach Naphtali und der SPD. der Sozialismus.

Wer aber das Fest der Welten miterlebt hat, im Luna-Park konnte die Kapitalbildung durch das Volk noch besser beobachten. Wer nun zu derselben Zeit wie ich um die achte Stunde den Luna-Park betreten hat, wurde mit dem Lied „Vom Rhein zur Donau" empfangen. Etwa hundert Schritt hinter dem Eingang, war rechts die Tombola aufgestellt. Ein rebellierender Haufen stand an der Sperrkette, welche von den Ordnern gebildet wurde. Fand man in irgend einer Ecke einen Verkäufer der Lose, so wurde er gestürmt, so daß es nicht möglich war, die Dinger geregelt zu verkaufen. Es wurde dabei geklaut und betrogen, so daß jeder bald mit Manko abrechnen mußte. Es fehlten den einzelnen Verkäufern Summen bis zu 80 Mark. Jede Schaubude war ein „Sozialistischer Betrieb". Die Besitzer hätten sich die kleinen roten Werbe-Fahnen an ihren Buden angesteckt und redeten ihre Kunden sogar mit Genosse an.

Am schlimmsten war es am Ausgang des Parkes. Dort wurden die Gegenstände der Tombola ausgegeben. Die dort absperrenden Ordner wurden von ihren eigenen Genossen überrannt, welche sich am schlimmsten gebärdeten, um die Hauptpreise, um das Auto oder die Kücheneinrichtung zu ergatern. Dann ging Masse Mensch an den Verteilungsstand. Eigentlich ging sie nicht, sondern stürmte wie ein Vandalenregiment. Wer ging, wurde umgerannt. Am Verteilungsstand ging nun das Drängeln los. Kleider knackten bei den Frauen. Die Jacken der Männer knisterten und die Hüte sahen zerknickt aus. Kam der Glückliche mit zerrissenem Anzug und seinem Gewinn heraus, so hatte er einen Bleistift oder ein Buch im Werte von 1 Mark. Das Gesicht sah aus wie bei jemand, der in Berlin den 1. Mai zu feiern versuchte und nicht mit Zörgiebel rechnete. Natürlich fehlte es nicht an Taschendieben auf dem „roten" Fest. Alles in allem: die Redaktion der „Welt am Abend" hat es meisterhaft verstanden, Kapital zu bilden. Und — wieder einer Masse von Indifferenten die kommunistische Idee als etwas Lächerliches und Verabscheuenswertes zu denunzieren.

Aus der Bewegung

Bonn.

Von der Ortsgruppe Bonn erhalten wir einen Brief, dem wir folgendes entnehmen:

„Das Rundschreiben Nr. 2 von Hamburg enthält einen Brief von uns, als Antwort auf ihr erstes Rundschreiben. Wenn irgend einmal ein raffinierter Trick ausgeführt worden ist, so ist es in diesem Rundschreiben geschehen. Der Brief von uns an Hamburg ist in dem Rundschreiben gar nicht vollständig, es sind lediglich die Schlußsätze desselben. In dem Brief schilderten wir ausführlich unsere ablehnende Stellung in den verschiedenen Fragen ihnen gegenüber. Ferner zeigten wir ihnen die Wahrheit über die Person Wassilews, daß er sich für eine Fahrt von Bonn nach Köln (die ihn 2.— Mk. gekostet hat) 6,50 Mk. geben ließ, daß er sich wochenlang bei den Genossen nicht sehen ließ usw., und daß man ihm bei der letzten Bezirkskonferenz sagte, er sei nur in der Organisation um Geld zu verdienen. Zu der Frage Taktik wiesen wir auf die jetzt schon sich auswirkende reformistische Entfaltung derselben hin, z. B. die Schreibweise des Kamptrufs, die Tätigkeit des Gen. Wassiliews in Bonn, die der Gen. Th. und N. in Düsseldorf usw. Alles in allem war es ein langer Brief. Warum veröffentlichten die Hamburger nicht den ganzen Brief, wie das im Ruhrgebiet geschehen ist? Der Brief so abgedruckt, wie dies in dem Rundschreiben der Fall ist, muß bei den Genossen im Reich den Eindruck erwecken, als wenn dies unsere vollständige Antwort sei. Wahrlich eine feine Taktik. Der Brief wurde verlesen in einer Mitgliederversammlung von Bonn und einstimmig gebilligt."

Wir enthalten uns über diese saubere Art der Kämpfer um die „Wahrheit" jedes Kommentars. Von politischen Kretins kann man ebensowenig etwas anderes erwarten, als von einem Ochsen etwas anderes als ein Stück Rindfleisch.

Buchbesprechungen

Heinrich Dehmel: Revolution der Ehe". Greifen-Verlag. Rudolstadt i. Thür. 104 Seiten. Kart. 3,— Mk.

Heinrich Dehmel stellt sich die Aufgabe das heutige Liebes- und Eheleben zu revolutionieren. Am Ende seiner Revolution sieht man die heutige Eheform frisch und fröhlich wieder auferstehen. Daß das Gewand derselben frisch gestärkt ist, und nun noch knapper anliegt als vorher, läßt unsern Abscheu nur noch wachsen. Leicht und flüssig geht der Autor über die Grundursachen der Fäulniserscheinungen des heutigen Ehelebens hinweg. Es fehlt Heinrich Dehmel vollkommen der Sinn für die Erkenntnis, daß die Ehe in der heutigen Gesellschaftsform kein abstrakter Begriff, sondern ein Herrschaftsinstrument der bürgerlichen Klasse gegen das Proletariat ist. Nicht von den Peitschenhieben Heinrich Dehmels wird dieser Herrschaftspfeiler der Bourgeoisie zerschlagen, und eine neue Geschlechtsmoral entstehen, sondern das revolutionäre Proletariat wird mit seiner Streitaxt, dem revolutionären Klassenkampf, die herrschende Klasse mit ihrer „Ehe" in die Wolfsschlucht werfen. „Moors Geliebte kann eben nur mit Moor sterben."

*

Rothstein. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in England. Verlag für Literatur und Politik. 464 Seiten. — Preis: Halbleinen 5,50 Mk.

Spiegelt je ein Stück Geschichte den heroichen Kampf, des am Anfang der Entwicklung stehenden modernen Proletariats wieder, so ist es die Geschichte der englischen Arbeiterbewegung am Anfang des 19. Jahrhunderts. England, das „Mutterland des Kapitalismus", wie es Karl Marx nannte, war der Schauplatz zäher Kämpfe zwischen Proletariat und Kapitalismus. Sind auch die ersten Phasen der Klassenkämpfe der englischen Arbeiterschaft dem Proletariat in großen Zügen bekannt, so weist bei dem Versuch, die Entwicklung tiefer zu durchleuchten, die bis jetzt mit diesem Thema befassende Literatur große Lücken auf. Gerade der so recht den politischen Inhalt der damaligen Kämpfe wiederspiegelnde Abschnitt, die Chartistenbewegung, war bis jetzt, auf Grunde fehlender Unterlagen ein Stiefkind geschichtlicher Betrachtung. Dieser Schwäche in der Geschichte der Klassenbewegung des Proletariats ist Th. Rothstein vom Standpunkt marxistischer Betrachtung zu Leibe gegangen, und hat, wenn man die Schwierigkeiten einer solchen Arbeit kennt, die Aufgabe gelöst. Dieser Sammelband zerfällt in drei Teile, deren erster den schon damals sich zeigenden Gegensatz zwischen revolutionärer und opportunistischer Taktik zum Gegenstand hat. Während die beiden weiteren Abhandlungen „Verkünder des Klassenkampfes" und „Aus die Vorgeschichte der Internationale", schon vor dem Krieg in „Die Neue Zeit" erschienen sind. Auch sie sind das Resultat gewissenhafter Forschungsarbeit der chartistischen Bewegung. Diese drei Abhandlungen sind im Zusammenhang eine vorzügliche Uebersicht über den bis jetzt so lückenhaften Abschnitt der Chartistenbewegung und sind daher dem auf diesem Gebiet wissensdurstigen Leser zu empfehlen.

Eingegangene Druckschriften

Karl Plättner, Eros im Zuchthaus (Mopr-Verlag Berlin NW, 1929), 223 S. stark, geb. 6,— M.

Prof. M. Pokrowski, Geschichte Rußlands (C. L. Hirschfeld-Leipzig). Ganzleinen 20,— M.

Th. Rothstein, Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in England (Verlag „Literatur : u. Politik", Wien-Berlin Berlin SW 61). 464 S. stark, Ganzleinen 5,50 M.

Auf dem Wege zum Bolschewismus, Heft I. (Druck und Verlag Runge u. Co., Reichenberg.) 100 S. stark. Preis 6 Kr.

Machard, Kinder unter sich (Greifenverlag — Rudolstadt 1929). 179 S. stark, kart. 4,— M., geb. 6,— M.

Dr. Dehmel, Revolution der Ehe (Greifenverlag — Rudolstadt 1929). 110 S. stark, kart. 3,— M.

Neudrucke marxistischer Seltenheiten, Bd. III: Unbekannte Briefe von Marx und Engels. (Verlag Rudolf Liebing [L. Franz u. Co.], Leipzig 1929.) 110 S. stark, 4,— M.

—,— Bd. IV: Landesverrat oder Landesverteidigung? (Verlag Rudolf Liebing [L. Franz u. Co.], Leipzig 1929.) 173 Seiten stark, 4,— M.

Upton Sinclair, Boston. Malik-Verlag, Berlin W, 1929) kart. 4,80 Mk., Leinen 7,— Mk. 798 S.

Einmaliges Angebot billiger Bücher.

Dostojewski: „Die fremde Frau"	geb. 0,75 Mk.
Dostojewski: „Erniedrigte und Beleidigte"	geb. 1,50 Mk.
Feldes: „Albert Reinkings Höhenflug"	geb. 2,— Mk.
Felden: „Sieghafte Menschen"	geb. 1,50 Mk.
Heine: „Der Rabbi von Bacharach"	geb. 0,75 Mk.
Jung: „Die Technik des Glücks"	geb. 0,50 Mk.
Lindau: „Der Zug nach dem Westen"	geb. 0,90 Mk.
Schaginian: „Abenteuer einer Ehe"	brosch. 1,50 Mk.
	geb. 2,— Mk.
Schaginian: „Panzerkreuzer Potemkin"	brosch. 0,50 Mk.
Sinclair: „Die Metropole"	brosch. 1,20 Mk.
	geb. 1,80 Mk.
Sinclair: „Man nennt mich Zimmermann"	geb. 1,80 Mk.
Sinclair: „Die Wechsler"	geb. 2,50 Mk.
Ufermann: „Könige der Inflation"	geb. 0,50 Mk.
Wolf: „Technik und Dichtung"	geb. 0,50 Mk.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.**

Betrieß und Wirtschaft

Arbeitsmarkt und Wirtschaft

Die Ziffer der amtlich registrierten Arbeitslosen ist im Reich auf etwa 1½ Millionen, in Berlin-Brandenburg (am 15. Juni) auf 232 000 gesunken. Rund 200 000 davon entfallen alleine auf Berlin. In der Woche, die am 15. Juni endete, sank die Arbeitslosenziffer in Berlin nur noch um 1,5 Prozent gegen 3,3 Prozent der Vorwoche.

Die Arbeitslosenziffer liegt ganz bedeutend über der des Vorjahres. Der ADGB. verzeichnete Ende Mai d. Js. unter dem Mitgliederbestand der angeschlossenen Gewerkschaften 9,1 Prozent Arbeitslose gegen 6,3 Prozent im Vorjahre. In der Konjunkturgruppe sind es 8,6 Prozent (gegen 5,9 Prozent i. V.) und in der Saisongruppe 11 Prozent (8,1 Prozent.)

Insgesamt ist immerhin reichlich die Hälfte aller Arbeitslosen wieder eingestellt. Aber doch nur die Hälfte. Und die Ziffer der Arbeitslosen ist größer als vor einem Jahre. Das ist das kennzeichnende des monopolkapitalistischen Zeitalters, das Millionen Arbeitslose immer draußen bleiben und vom Arbeitsertrage der Arbeitenden durchgeschleppt werden müssen. Dies ist eine nicht zu verkennende Schranke, die eine soziale Emporentwicklung im Kapitalismus zur Unmöglichkeit macht.

Auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse kann man schließen, wenn man die Bewegung einzelner Gruppen von Arbeitern nebeneinanderstellt. Es waren nach der Statistik des ADGB. von je 100 Gewerkschaftsmitgliedern arbeitslos:

	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Mai
Nahrungsmitt.-u.Getränkearb.	8,1	7,8	8,3	7,9	7,0	6,3
Zucker-,Konserv.-Pflanzenfett-Verst.(L.Fabrikarb.-Verband)	12,3	14,3	17,8	14,4	9,0	7,6
Tabakarbeiter	16,5	15,7	21,1	22,4	19,0	16,2
	März	April	Mai	März	April	Mai
	arbeitslos			kurzarbeitend		
Textilarbeiter	9,2	10,0	10,7	27,0	26,7	28,0
Bekleidungsarbeiter	14,8	10,8	11,5	12,3	8,8	10,0
Hutarbeiter	24,1	21,2	28,8	16,4	15,8	15,2
Schuhmacher	21,4	17,9	19,0	39,4	28,8	32,2

Der hohe Prozentsatz Arbeitsloser bezw. Kurzarbeiter im Tabak- und Bekleidungsgewerbe ist auf die Uebersetzung der betr. Industrie bezw. auf die Ueberproduktion infolge Rationalisierung und Schwächung der Kaufkraft der breiten Masse zurückzuführen. An sich lassen die Ziffern aber erkennen, daß die breite Masse nur noch für die Stillung des Magens arbeitet. Trotzdem 1½ Millionen Arbeiter mehr Lohn erhalten als früher, hat dies das Bekleidungsgewerbe fast gar nicht beeinflußt. Bei einem einigermaßen zufriedenstellenden Lebensstandart der Arbeiterklasse müßte gerade das Textil- und Bekleidungsgewerbe gewinnen, da doch die Kleidung während der Arbeitslosigkeit nicht erneuert wird.

In der Hauptsache ist die Belebung der Wirtschaft auf die Bausaison zurückzuführen. Die Bausaison hat aber die denkbar schlechtesten Aussichten. Wie der Deutsche Zementbund mitteilt, hat sich die im April eingetretene Belebung des Zementabsatzes im Mai bereits wieder verlangsamt. Der Versand liegt mit 849 000 Tonnen nur um 33 000 Tonnen über dem Aprilversand. Gegenüber dem Mai 1928 ist zwar eine Erhöhung des Absatzes des Absatzes um 92 000 Tonnen festzustellen, jedoch konnte der Absatzverlust infolge der Kältewelle noch nicht aufgeholt werden. Der Minderabsatz beträgt zurzeit immer noch 583 000 Tonnen gegenüber dem Vorjahr.

Daraus kann man schließen, daß die in Ausführung stehenden Bauvorhaben bei weitem nicht so viel Arbeit versprechen als im Vorjahr.

Typisch für den vertrusteten Hochkapitalismus der Jetztzeit ist es, daß der Westdeutsche Zementverband angesichts der bald rückläufigen Bankonjunktur — eine Erhöhung der Zementpreise ankündigt! Die Zementmagnaten können sich das leisten, denn wie der genannte Verband in seinem soeben herausgekommenen Jahresbericht für 1928 triumphierend bekanntgibt, haben zwei Außenseiterwerke Konkurs angemeldet und zwei weitere stehen im Vergleichsverfahren. Die schon die höchsten Profite der gesamten deutschen Industrie abwerfenden Zementpreise waren angeblich nur Kampfpreise, um die Außenseiter niederzuboxen. Sie können jetzt erhöht werden.

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug in der am 10. Juni zu Ende gehenden Woche 1 112 800, d. h. 12 675 mehr als in der Vorwoche und 37 143 weniger als im Vorjahre.

*

Englische Militärmanöver in Deutschland. Trotz des eben abgeschlossenen neuen Reparationsabkommens, bei dem die Räumungsfrage eine nicht unwesentliche Rolle spielt, werden die englischen Truppen in der Umgebung des Hunsrück von Mitte August bis Mitte September Manöver abhalten. Das ist Mac Donalds Antwort an seine deutschen Genossen auf deren Wehrprogramm.

*

Klara Zetkin ausschließell? Der „Volkswille" teilt mit: „Vor einigen Tagen ist Klara Zetkin, die in den letzten Jahren ständig in Sowjetrußland gelebt hat, wieder in Berlin eingetroffen. Es heißt, daß ihre Abreise aus Moskau ernste Konflikte mit Stalin und der Leitung der Kommunistischen Internationale vorausgegangen waren. Klara Zetkin steht bekanntlich bei den Brandlerianern. Ob sie noch Mitglied der Kominternn bleibt, steht dahin."

Chronik

Die „Tribüne" verboten und strafverfolgt. Die „Tribüne", Magdeburg, die seit dem Verbot der „Roten Fahne" auch in Berlin viel gelesen wurde, ist für die Zeit vom 18. Juni bis 8. Juli verboten worden. — Dr. Hilferding und andere Minister haben wegen einer Anzahl Artikel, in denen vor allem dem Reichsfinanzminister Hilferding vorgeworfen wurde, daß er Schiebungen mit Kriegsanleihe (Altstücken) gedeckt und kritikübende Beamte gemaßregelt und entlassen habe, Strafantrag gegen das Blatt gestellt.

*

Kindesmord aus Aberglauben. Die Eheleute Steffens, eine Hämlingsfamilie des Ritterguts Horneburg bei Hamburg mordeten ihre beiden kleinen Kinder in religiösem Wahnsinn. — Wenn das Konkordat seine Früchte tragen wird, wird so was nicht mehr an den Seitenheiten gehören.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

3. Bezirk.

Jeden 1. und 3. Donnerstag und jeden 2. und 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Fränzel, Reinickendorfer Str. 42.

6. Bezirk.

Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Reibe, Gitschiner Str. 88.

14. Bezirk.

Jeden Freitag abends 8 Uhr, bei Richard Goder, Weichselstraße 17, Ecke Weserstraße.

15. Bezirk.

Jeden Freitag, nachmittag 5 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.

17. Bezirk.

Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Kusche, Lichtenberg, Marktstr. 7.

Herausgeb. und t. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin N. Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Izsdonat, Berlin O 17.

10. Jahrg Nr. 26

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 29. Juni 1929

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Der Young-Plan

Das Reichskabinett hat in diesen Tagen einstimmig, also mit Genehmigung der demokratischen und volkspartelichen Minister, die Annahme des Youngplanes beschlossen. Außer der deutschnationalen Volkspartei, die, besonders die Interessen des landwirtschaftlichen Kapitals vertritt, hat sich die gesamte deutsche Bourgeoisie dem Diktat der Siegermächte unterworfen. Diese Unterwerfung ist keineswegs freiwillig erfolgt, sondern das Produkt bitterster, ökonomischer und politischer Notwendigkeit. Die Lage des deutschen Kapitals entspricht fast genau der Situation zur Zeit der Annahme des Dawesplanes. Im August 1924 war der Zwang vielleicht noch erheblich größer, weil das deutsche Kapital durch die Inflationsjahre einen sehr großen Teil der aufgespeicherten Akkumulation verloren und sich durch den fast restlosen Verbrauch des beweglichen Kapitals vollkommen festgefahren hatte. Die Sabotage der Reparationsleistung hatte das deutsche Kapital aus ihrem Zusammenhang mit der Weltwirtschaft direkt hinausmanövveriert. Es war dies ein um so schwererer Fehler, als die deutsche Wirtschaft bis zur Vorkriegszeit zum größten Teil eine rein industrielle Arbeitswerkstätte darstellt und auf die Einfuhr von Rohstoffen in erheblichem Ausmaß angewiesen war. Es mußte um jeden Preis mit dem ausländischen Kapital wieder zu einem gemeinsamen wirtschaftlichen Handel kommen, wenn es sich nicht für die gesamte Zukunft jede Aufstiegs- und imperialistische Möglichkeit nehmen lassen wollte. Auf der anderen Seite bedeutete der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft für das amerikanische Kapital den fast sicheren Verlust seiner Forderungen an die Alliierten in Höhe von 11 Milliarden Mark und für die Siegermächte die restlose Uebernahme der Kriegslasten auf ihre Schultern. Es entstand so auf beiden Seiten die Notwendigkeit zu einer Verständigung auf der Grundlage des Aufbaues der deutschen Wirtschaft. Der Modus ist dann im Dawesplan festgelegt worden. Das internationale Kapital hat dem deutschen Kapital in dieser Zeit einen Betrag von 15 Milliarden vorgestreckt, der teils zur Investierung in der deutschen Wirtschaft, teils zur Bezahlung der Reparations leistungen Verwendung fand. Durch den mit der Erstarkung der deutschen Wirtschaft verbundenen Machtzuwachs des deutschen Kapitals entstand die Gefahr, daß Deutschland versuchen würde, sich der ihm auferlegten Fesseln zu entledigen. Der Dawesplan mit seiner provisorischen Regelung entsprach nicht mehr den Interessen des internationalen Kapitals. Vor allen Dingen waren die jährlichen Zahlungen als reine Staatsschulden des deutschen Reiches allein durch politischen Druck auf das deutsche Kapital erzwingbar. Sie konnten nicht mobilisiert und kommerzialisiert werden. Es fehlte also die Verflechtung dieser Schulden mit dem deutschen Kredit im Ausland. Von Tributzahlungen mußte also zu privaten Schuldverpflichtungen übergegangen werden.

Ferner hatte sich das System der Sachlieferung zum Nachteil der Gläubigerstaaten ausgewirkt. Es entstand so für die belieferten Staaten ein Zwang, dem deutschen Kapital einen Teil seines Binnenmarktes zu öffnen und der deutschen Industrie zu einem Absatz zu verhelfen, der sonst der einheimischen Industrie zugute gekommen wäre. Diese unfreiwillige Propaganda für die deutsche Industrie hatte weiterhin zur Folge, daß das alliierte Kapital die Zinsen für die sogenannten interalliierten Anleihen in Amerika aus eigenen Mitteln aufbringen mußte. Die Sachleistungen brachten also praktisch keine Entlastung für die Gläubigerstaaten, da sie ja noch selbst für die Aufbringung der Zinsen Sorge tragen mußten. Es war also notwendig, diese Schlieferungen vollkommen auszuschalten bzw. allmählich abzubauen, wenn die Zahlungen des deutschen Kapitals faktisch zur Uebernahme der alliierten Verpflichtungen führen sollten. Die Ententemächte waren sich selbstverständlich darüber klar, daß sie dem deutschen Kapital weitere und größere Weltmarktsentwicklungsmöglichkeiten geben müssen, um es zur Erfüllung seiner Verpflichtungen instand zu setzen. Eine Steigerung der deutschen Ausfuhr um wenigstens 40 Prozent bildet dazu die Voraussetzung. Diese Regelung soll mit Hilfe der Reparationsbank erfolgen, die dem deutschen Kapital die notwendigen Kredite zur kolonialen Pionierarbeit für die alliierten Mächte zur Verfügung stellen soll. Der Plan geht also dahin, das deutsche Kapital von den einheimischen Märkten auf die noch vollkommenen kapitalistisch unerschlossenen Gebiete zu verweisen.

Schließlich hatte der Dawesplan dem deutschen Kapital noch völligen Transferschutz zugebilligt. Dies bedeutete, daß die Leistungen des deutschen Kapitals unbestimmt und den Konjunkturschwankungen unterworfen waren. Dieser Umstand verhinderte ihre wirtschaftliche Verwertbarkeit und ermöglichte eine Sabotage der Zahlung durch künstliche Maßnahmen.

Diese drei wesentlichen Fehler mußten beseitigt werden, solange die weitere Entwicklung des deutschen Kapitals sich noch in dem Machtbereich des alliierten Kapitals befand. Der günstigste Zeitpunkt für diese Regelung war der Moment, in dem die deutsche Wirtschaft auf Grund der Durchrationalisierung auf Weltstandard war und gleichzeitig die Höhe der deutschen Akkumulation noch weit hinter der zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft notwendigen Stufe stand. Diese Diskrepanz bringt das deutsche Kapital zwangsläufig in Abhängigkeit vom Weltkapital. Es braucht also in starkem Umfang Auslandskredite. Bis zum Jahre 1928 flossen diese auch in reichlichem Maße dem deutschen Kapital zu. Der Zustrom wurde noch besonders durch die internationale Konjunkturlage begünstigt. Als dann das ausländische Kapital die mit dem Kapitalexport wegen des einheimischen Bedarfes stoppen mußte, benutzte es gleichzeitig die Gelegenheit, um durch die auf diese Weise entstandene Notlage des deutschen Kapitals eine Regelung der Reparationsleistungen zu erzwingen. Das deutsche Kapital erkannte, daß der von den alliierten gewählte Zeitpunkt für es sehr ungünstig war. Es blieb ihm aber nichts anderes übrig, als selbst bei den alliierten Mächten auf eine Revision des Dawesplans zu dringen, weil es ohne die ausländischen Kredite nicht mehr in der Lage war, den auf 2,5 Milliarden erhöhten Jahresbeitrag zu leisten. Außerdem war seine weitere Entwicklung durch die Sperrung der Kapitaleinfuhr lahmgelegt.

Schließlich verhinderte der Dawesplan mit seiner zeitlich nicht begrenzten Verpflichtung und der durch den Wohlstandsindex geschaffenen zwangsläufigen Beteiligung der Gläubigerstaaten an der Prosperität der deutschen Wirtschaft den imperialistischen Aufstieg, weil es ohne die Akkumulationsmöglichkeit stark begrenzte. Eine endgültige Regelung des Reparationsproblems lag daher durchaus im Interesse des deutschen Kapitals, dagegen nicht das von den Alliierten hierfür gewählte und bestimmte Datum. Für es wäre es günstiger, wenn schon eine bestere Position mit einer größeren Unabhängigkeit vom Auslande vorläge. Deshalb versuchte es auch zuerst die Verhandlungen durch Stellung von politischen Forderungen zum Scheitern zu bringen. Die daraus entstandene politische und wirtschaftliche Unsicherheit führte zu einer starken Kapitalflucht und zu einem verstärkten Druck der alliierten

Die Schwarzen und die roten Pfaffen

Mit der materialistischen Erhellung der Arbeiterbewegung und der Bloßlegung der Triebkräfte, die die Ordnung der kapitalistischen Ausbeutung als eine historisch-zeitliche Angelegenheit bloßstellt, ist dem Pfaffenevangelium: „Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben", der natürliche Boden weggerissen. Das Proletariat weiß, daß sein Reich von dieser Welt sein wird, wenn es die Kraft aufbringt, sein eigener Gott zu sein. Gerade heute, wo die Liebe der kapitalistischen Ordnung Millionen in Krieg und sozialem Chaos verkommen läßt, ist es notwendig, dem Proletariat einzuhämmern, daß es den „Glauben" an diese „Ordnung" überwinden muß. Der Sozialismus denunziert dem Proletariat die pfäffische „Wissenschaft" als das Mittel, es ideologisch an die kapitalistische Ausbeutung zu ketten, es blind zu machen für die Erkenntnis, daß die geschichtliche Entwicklung und die Kenntnis von derselben und der gesellschaftlichen Zusammenhänge ihm zeigen, daß es selbst Herr über seiner Hände Arbeit sein kann. Daß nur die geistige Finsternis es ohnmächtig macht für die Vollbringung seiner historischen Mission. Der Sozialismus steht daher dem Gottesglauben und seinen gut bezahlten Götzen in unerbittlicher Kampfstellung gegenüber. Die ideologischen Wurzeln des Gottesglauben gehen zurück bis zu jener Epoche, in der die Menschen die Welt für ein Rätsel, sie und die Dinge in ihr für Wunder halten mußten und sich ein außerweltliches Unikum schaffen mußten, um eine „Lösung" zu haben. Nicht Gott schuft die Menschen — sondern die Menschen schufen sich — wenn auch nur in der Phantasie — ihren Gott.

Die bürgerliche Wissenschaft hat selbst den Gottesglauben längst ad absurdum geführt, und der „Kulturkampf" der weltlich-bürgerlichen Parteien gibt Zeugnis davon, daß selbst das Bürgertum mit der Wahrheit rechnen muß, daß sie „sich doch bewegt". Allerdings hat dieser „Kulturkampf" auch materielle Ursachen: Es galt, die ökonomische Macht der Kirche zu brechen. Der Kampf gegen Krone und Altar war der Kampf der aufkommenden Bourgeoisie, die der Kirche ihre gesellschaftlichen Privilegien streitig machte. Die materielle Entwicklung und die durch sie vorwärtsgepeitsche Wissenschaft, strafte die mittelalterliche „Wahrheit" vom Werden und Vergehen dieser Welt Lügen. Die Bourgeoisie konnte — wollte sie das Proletariat nicht selbst zum alleinigen Nutznießer des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses werden lassen, vor dieser Entwicklung nicht die Augen verschließen.

Aber die Bourgeoisie konnte diesen Kampf nur solange ohne Gefahr fortführen, solange sie selbst ihre „Ordnung" nicht über den Kopf wuchs. Heute, wo der gesellschaftliche Bankerott immer offensichtlicher wird, muß sie sich wieder mit den alten Mächten gegen das Proletariat verbinden. Diesen Sinn hat das „Konkordat", das ja nicht nur eine deutsche Angelegenheit ist. Auch der Faschismus hat ja bekanntlich bereits seinen Frieden mit Rom gemacht.

Diese Zusammenhänge aufzuzeigen, wäre die Pflicht der Partei gewesen, die mit dem Maul noch für den „Sozialismus" ist, und die mit Weltanschauung hausieren geht. Aber die SPD. und die Gewerkschaften lassen bekanntlich in der Stunde der Gefahr das Vaterland — den Kapitalismus — nicht im Stich. Und so hat die Sozialdemokratie durch ihren Braun nicht nur für den Kapitalismus — sondern auch als Partei — den Frieden mit den Gottesknechten geschlossen. Ein „ehrenvoller" Friede", wie man verhimmt, aber eben Frieden.

Was wollt ihr denn, ruft ihr Zentralorgan, der „Vorwärts", aus. Daß zu den vielen Erzbistümern und Bistümern der katholischen Kirche in Preußen noch 4 weitere, darunter auch eins in Berlin, kommen, ist doch nicht gefährlich. Auch die Erhöhung der jährlichen Dotationen Preußens an die katholische Kirche um 1,4 Millionen Mark ist unerheblich, wenn man bedenkt, daß die Gesamtsumme, die der Preußische Staat jährlich allein an Gehältern für die katholischen Geistlichen zahlt, schon jetzt 21 Millionen Mark beträgt; entspricht also dem „Kräfteverhältnis". Wichtiger ist schon die in dem Konkordas enthaltene Bestimmung, daß die Erhaltung der katholischen Fakultäten an den Hochschulen für alle Zukunft garantiert werden, wie auch die vom preußischen Staat übernommene Verpflichtung, an den Fakultäten nur solche Lehrkräfte anzustellen, die dem zuständigen Bischof genehm sind. „Gefährlich" ist für die Sozialdemokratie gar nichts mehr. Auch nicht, daß der Vertrag **unkündbar** ist. Damit hat die Sozialdemokratie auch mit der hohlen Phrase von der Trennung von Kirche und Staat endgültig gebrochen. Sie zeigt auch in diesem Punkt, daß sie nur noch **Nutznießerin** der kapitalistischen Ausbeutung ist. Sie strebt nach der Koalition und muß dem Zentrum auch diese Konzession machen. Ganz selbstverständlich und ganz „demokratisch" ist, daß nun auch die Paritätgegenüber der evangelischen Kirche gewahrt bleibt. Das Proletariat kann ja schulten und hungern. Es ist ja — leider — so geduldig!

Noch eine Seite der Lage ist nicht ohne Reiz. Angeblich bestimmt in der SPD. die Mitglieder, und angeblich bestimmt in der Republik das „Volk". Der rote Pfaffe Braun setzt sich mit den schwarzen Pfaffen an den Tisch, macht mit ihnen einen Vertrag, gegen den nichts zu protestieren, der nicht kündbar, der „in Ewigkeit" ist, und beide treten vor ihre Schafe hin, und jedes mit einem „Erfolg". Für die Schafe der Gottesknechte ist das ganz in Ordnung. Daß es jedoch noch Arbeiter gibt, die angeblich mit jedem Untertanengeist gebrochen haben und sich dennoch verschachern lassen wie Landsknechte, zeigt, wie wenig sie von dem Inhalt dessen begriffen haben, was ihre roten Pfaffen ihnen vorpredigen: daß ihre Befreiung nur ihr eigen Werk sein kann. Sie sind in Wirklichkeit nur unzufrieden mit ihren alten Götzen und schaffen sich neue. Aber dieser Götzenkult — das ist die reife Frucht der „Führerpolitik", des Parlamentarismus. Das revolutionäre Proletariat sieht auch an diesem Beispiel, daß heute — wo eine neue Welt gezen die alte steht — jeder Versuch, durch Konzessionen dem konsequenten Kampf auszuweichen, nicht nur n

Mächte durch Kündigung kurzfristiger Kredite. Die Anspannung der Reichsbank wurde dabei so stark, daß die gesetzlich vorgeschriebene Deckung der Reichsbanknote knapp gehalten werden konnte. Es drohte eine wirtschaftliche Katastrophe, die einen besonders starken Ausdruck in der Kassenlage des Reiches fand. Das Defizit von einer Milliarde konnte auf keine Weise auf dem Markt ausgeglichen werden. Selbst nachdem die Pariser Verhandlungen wieder aufgenommen waren, konnte Herr Hilferding von den dringend benötigten 500 Millionen nur 177 Millionen Mark und diese nur unter Aufbietung höchsten Druckes aus dem deutschen Markt herausholen. Einen weiteren Betrag von 210 Millionen Mk. mußte er sich zu außerordentlich hohen Zinsen durch die Vermittlung des Bankkapitals in Amerika besorgen. Unter diesen Umständen kann man sich eine Vorstellung machen, welche wirtschaftliche Notlage das deutsche Kapital zur Unterzeichnung des Youngplanes zwang.

Es ist auch ganz klar, daß die Bedingungen dementsprechend außerordentlich hart sind. In der Fortsetzung wird dann im einzelnen dargelegt werden, inwieweit die Feindstaaten die Fehler des Daweszplanes zu korrigieren verstanden haben. Es ist selbstverständlich, daß bei dieser Regelung auch verschiedene Aenderungen vorgenommen wurden, durch die die Lage des deutschen Kapitals gegenüber dem Daweszplan sich günstiger gestaltete. Sie erfolgten aber nur insoweit, als sie gleichzeitig auch im Interesse der Gläubigerstaaten lagen. Der Gläubiger kann eben den Schuldner nicht vernichten, wenn er von ihm leben will. Genau so wenig, wie der Kapitalist den Proletarier völlig vernichten kann, wenn er ihn ausbeuten will. In beiden Fällen ist der Reformismus die beste Lösung für den Ausbeuter.

Politische Rundschau

Neue Zölle

Neue Verteuerung der Lebenshaltung – neuer Lohnabbau

Es gibt zuviel Brot auf der Welt, deshalb müssen so viele Menschen hungern. Diese Wahrheit ist ein ehernes Gesetz der Profitwirtschaft. Es muß den Hungernden immer wieder eingepaukt werden. Je länger sie dieses Profitsystem bestehen lassen, desto mehr steigt die Produktivität, auch die Broterzeugung, desto mehr müssen die Elenden hungern.

In den U. S. A. ist am 15. Juni ein Gesetz angenommen, die Farmerhilfe, die „Farm Relief Bill", die 500 Millionen Dollar (mehr als 2 Milliarden Mark) Staatsgelder zur Verfügung stellt, um das Getreide nicht zu „verschleudern", sondern es in die Speicher zu legen und nur in kleinen Quanten herauszulassen, zu Preisen, die den Junkern hoch genug sind. Das ist so eine Art Monopol.

In Deutschland waren die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten eben dabei, das amerikanische Beispiel — das seit einem Jahre schon vorbereitet wird — nachzumachen. Allen Ernstes, in Deutschland waren Deutschnationale und Sozialdemokraten für das Getreidemonopol. (Die Sozialdemokratie hat das in ihrem Programm.) Das Ding ist unter den Tisch gefallen. Das Industriekapital ist für Getreidezölle zwecks Brotverteuerung, weil es dabei schachern kann und was abbekommt.

Die Deutschnationalen und die Sozialdemokraten haben sich damit einverstanden erklärt, als Notbehelf. Man muß die Löhne indirekt abbauen. Als politischen („Staatsklugheits"-)Akt ihrer Führer nehmen die Gewerkschaftsmitglieder das an, gegen einen direkten Lohnabbau würden sie rebellieren. Deshalb schickten die sozialdemokratischen Minister den Staatssekretär Heukamp nach Schweden, er möchte dort zusehen, damit die schwedische Regierung in eine Aenderung des Handelsvertrages, wenigstens punkto Getreidezölle, willigt. Der Vertrag mit Schweden ist ein Meistbegünstigungsvertrag, der Deutschland bindet und ihm auch mit anderen Ländern keine höheren Getreidezölle — 6,50 Mk. pro Zentner — gestattet. Die schwedische Regierung fürchtet Lohnstreiks und lehnte das ab. Und so konnte die Sozialdemokratie in Deutschland die Getreidezölle mit allen naderen Ländern „nur" auf 6,50 Mk. erhöhen gegen 5 Mk. bisher. Der Zoll für Spätkartoffeln wurde von 1 auf 2 Mk. pro Zentner erhöht, und der Butterzoll von 27,50 auf 50 Mk. Für Zucker wurde ein „Report" („Unkostenvergütung" — wofür?) von 15 Pf. pro Monat bewilligt. Der Zuckerzoll, der anfängst mit Zustimmung der Sozialdemokratie auf 21 Mk. erhöht wurde, beträgt also ab September 22,50 Mk.

Den Junkern sind alle ihre Wünsche erfüllt. Natürlich verlangen sie zum Scheine immer mehr, damit die Sozialdemokratie handeln kann. So war es auch hier. Und so kann die Sozialdemokratie denen, die nie alle werden, ebenbrein noch vorreden, daß sie einen „Sieg errungen" hat und noch höhere Zölle abwehrte.

Die Wahlen in Mecklenburg

Am 23. Juni fanden die Wahlen zum Landtag von Mecklenburg-Schwerin statt. Nach der amtlichen Feststellung, an der noch einige kleine Bezirke fehlen, die an der Mandatsziffer aber nichts mehr zu ändern vermögen, ist das Resultat das folgende:

	1929:	1927:	
Sozialdemokraten	119 555	(126 746)	20 Mandate (21)
Einheitsliste	138 597	(143 942)	23 Mandate (24)
„Kommunisten"	16 313	(15 318)	3 Mandate (3)
Gruppe für Volkswohlfahrt (Mieter)	7 499	(10 012)	1 Mandat (2)
Demokraten	8 885	(8 982)	1 Mandate (2)
Nationalsozialisten	12 705	(5 589)	2 Mandate (0)
Bauernverein	7 858	(—)	1 Mandat (0)

Unter der Einheitsliste verbergen sich Deutschnationale, Wirtschaftspartei, Landvolkpartei und die Völkischen, Richtung Gräfe. Sie haben zusammen 1 Mandat verloren, die Sozialdemokraten ebenfalls. Die Demokraten haben auch ein Mandat verloren, nicht aber an Stimmen. Ihnen fehlen am 2. Mandat nur noch 6 Stimmen, die möglicherweise noch aufkommen werden. Es haben Mandate gewonnen die National„sozialisten" (Hitler) 2 und der Bauernverein 1. Die parlamentarische Lage ist noch ebenso verworren wie vor den Wahlen.

Nationalsozialistische Mehrheit in Coburg.

Bei den Neuwahlen zum Coburger Stadtparlament erhielten die Hitleriente die absolute Mehrheit. Sie steigerten ihre Mandatszahl von 4 auf 13. Ihr gegenüber steht die Sozialdemokratie mit 7 (bisher 8) Mandaten. Die Deutschnationalen behaupteten ihre 3 Mandate. Bayrische Volkspartei und Demokraten wurden aus dem Stadtparlament hinausgewählt.

Coburg ist jetzt Ersatz München. Die Hitlerianer haben hier seit längerer Zeit ihr Hauptquartier. Es wird sich erweisen, daß die radikalen Spießer jetzt im Coburger Parlament ebenso zahm werden und „praktische Arbeit" leisten, wie die KPD. es überall getan hat, wo sie auf Grund ihrer Stimmen- oder Mandatsziffer irgendwie ins Gewicht fiel.

In Sachsen wollen die Gewerkschaften den Faschismus

In Sachsen ist die Lage nach den Wahlen wie bisher: stimmen- und mandatmäßig etwa, wie sie oben in Mecklenburg gekennzeichnet sind. Die bürgerlichen Parteien schachern um die Ministerposten. Die Demokraten beschlossen bei der Wahl des Ministerpräsidenten, dem Volksparteiler, jetzigen Kultusminister ihre Stimmen zu geben, wenn sie das Innenministerium behalten. Der Neid der Sozialdemokratie schob die Gewerkschaften auf den Plan, um sich zu einem Kuhhandelchen „drängen" zu lassen. Eine Funktionärkonferenz der sächsischen Gewerkschaften, an der 107 Vertreter der Ortsausschüsse, 223 Gewerkschaftssekretäre, einschließlich 25 Gauleiter, und 4 AfA.-Vertretern teilnahmen, faßte nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Arndt über die politische Lage gegen 13 Stimmen eine Entschließung, in der es, nach dem „Vorwärts" vom 25. Juni, heißt, daß die Konferenz es für dringend notwendig halte, **die Bildung einer rein bürgerlichen und unter faschistischem Einfluß stehenden Regierung zu verhindern. Sie** sei überzeugt, daß die sozialistischen und gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft in der gegenwärtigen Situation am besten gewahrt werden könnten, **wenn sich die Sozialdemokratische Partei mit ausschlaggebenden Einfluß an der Regierung beteiligt.** Aus dieser auf praktischer Erfahrung beruhenden Erkenntnis, ersuche (!?) die Konferenz die zuständigen Instanzen der Sozialdemokratischen Partei, zu gegebener Zeit den ernsthaften Versuch zur Beteiligung an der Regierung zu unternehmen, um durch Anteilnahme an der Staatsmacht die positive Mitarbeit im Parlament, Regierung und Verwaltung die Interessen der arbeitenden Bevölkerung erfolgreich wahrnehmen zu können.

Also wenn schon Faschismus, besteht gar kein Grund, warum nicht die Sozialdemokratie in Faschismus machen soll.

Wozu die Arbeiter Steuern zahlen

Die Koalitionsregierung rüstet eine neue Delegation für eine neue Reise nach London aus, um den neuen Reparationsplan — zu unterschreiben! Und Hilferding, der mit Mühe und Not das Geld für die letzte Gehaltszahlung zusammenpumpte, ist unterwegs, Geld zusammen zu pumpen für die Londoner Delegation. Nach allem, was man bis jetzt erfährt . . . Doch fangen wir von vorne an.

Im Jahre 1924 machten die Diplomaten ebenfalls eine Vergnügungsreise nach London. Es galt, die Armut Deutschlands und seine Zahlungsunfähigkeit nachzuweisen. Die deutsche Regierung meldete in London 46 Personen an. Bevollmächtigte, Delegierte, zuständige Staatssekretäre und die berufenen Sachverständigen, das sollte so zusammen 17 Personen ausmachen. Die restlichen 29 sollten wohl die Schreiber, Lakaien, Pak sein. Es beteiligten sich an der Spritztour auf Staatskosten aber noch 7 Ministerialdirektoren, 9 Ministerialräte, 9 Extrareferenten, 4 Dolmetscher. Außerdem aber wurden noch 30 Büroangestellte mitgenommen. Es waren 33 Menschen mehr, als angemeldet. Diese 33 lehnte die englische Regierung ab, als zur Delegation gehörend anzuerkennen.

Man sollte nun glauben, daß die jetzige Regierung, in der doch Gewerkschaftsbeamte, „Arbeitervertreter" ausschlaggebend sind, daraus gelernt haben sollte. Schon deshalb, weil das Reich so in der Klemme sitzt, daß die Sozialdemokratie einer Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, und soeben, am Dienstag, den 25. Juni 1929, im Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten einer Verschlechterung der Krisenfürsorge ihre Zustimmung gab. Weit gefehlt.

Kürzlich fand in Bukarest ein internationaler Landwirtschaftskongreß statt. Gut, Kongresse können stattfinden. Und wenn die Interessenten, die Agrarier — hier handelte es sich um Bauern — sich dabei ein wenig amüsieren, ist das ihre Angelegenheit, ihre ureigenste Kassenangelegenheit. In Bukarest aber kam eine deutsche Delegation unter der Führung des deutschen Bauernführers und früheren Ministers Hermes an mit 60 Personen! Soeben war in Madrid — zur Abwechselung in Madrid — eine Völkerbundstagung. Herr Hilferding mußte sich die Kosten für mehr als 70 Personen, Delegierte, Sachverständige, Dolmetscher, Minister, Ministerialdirektoren und Ministerialräte zusammenpumpen.

Und jetzt solls von neuem nach London gehen. Und die Delegation soll zahlenmäßig und an Pomp alles bisherige übertreffen. Zum Unterschreiben! Zu verhandeln, zu schreiben gibt es da nichts. Es wird nur gegessen und getrunken und die neuen „Arbeiterminister" Räte, Exzellenzen, usw. besichtigt. Für die Fahrkosten, Verpflegung, Aufwandsentschädigungen usw. usw. zahlen die Arbeiter ihre Steuern.

Die neue Gesindeordnung

Mit 15 stündiger täglicher Arbeitszeit.

Eine der Errungenschaften der Revolution war die Abschaffung der Gesindeordnung, dieser mittelalterlichen preußischen Schmach. An ihre Stelle sollte ein „Hausgehilfengesetz" treten. Das heißt, das war nur ein Versprechen. Und bei näherem Zusehen ergab sich, daß die Gesindeordnung nur einen andern Namen bekommen sollte. Der Entwurf der neuen Gesindeordnung, die nunmehr Hausgehilfengesetz heißen sollte, wurde in den Jahren 1921-22 vom Vorläufigen Reichswirtschaftsrat beraten und dem Reichsrat und der Reichsregierung vorgelegt und für gut und richtig befunden. Da diese neue Gesindeordnung der demokratischen Republik der alten, bis zum November 1918 gültigen, Gesindeordnung der mittelalterlichen Feudalherren glich wie ein Ei dem andern, hatte keine bürgerliche Regierung bisher den Mut, das Ding dem Reichstag vorzulegen. Das Gesindezuchthausgesetz hätte zum mindesten bei der Sozialdemokratie eine derartig scharfe Ablehnung erfahren, daß die bürgerlichen Parteien mit dem Verlust der Hausangestellten-Stimmen bei den nächsten Wahlen hatten rechnen müssen. Wirklich schlau ist die Sozialdemokratie auch Krach, als der Entwurf in Heft 18 des Reichsarbeitsblatts vom 6. Juni 1928, also sechs Jahre nach seiner Geburt, erstmalig erschien.

Nunmehr haben wir auch im Reich eine „Arbeiterregierung". Und am 25. Juni 1929 ist dasselbe „Hausgehilfengesetz" als Heft 18 des Reichsarbeitsblatts erschienen, und die Sozialdemokratie begrüßt es als demokratischen Fortschritt mit beiden Armen. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß es vom Reichstag angenommen werden wird. Bis dahin wollen wir unsere Kritik zurückstellen. Nur soviel sei bereits gesagt, daß in diesem Entwurf das Gesindebuch „Personalausweis" heißt und eine Begrenzung der Arbeitszeit nicht vorgesehen ist. Lediglich eine Mindestruhezeit von 9 für Jugendliche 10 Stunden, ist vorgesehen. Das heißt also, daß die „Herrschaften" der Demokratischen Republik ihr „Gesinde" 15 Stunden ruhelos, sofern es noch im Kindesalter steht, 14 Stunden ausbeuten und schuhriegeln dürfen. Rechtsinstanz ist das bürgerliche Gericht dieser Ausbeuter. Dem Betriebsrategesetz untersteht das Hauspersonal nicht, das Recht, Tarifverträge abzuschließen, hat es ebenfalls nicht. Es ist seinem Elend und der Gnade oder Ungnade der „Herrschaften" überliefert.

„Der Sozialismus marschiert", die Sozialdemokratie regiert!

Betrieb und Wirtschaft

Siemens Zuchthaussystem

Es ist bekannt, daß die Siemenswerke eine Torkontrolle haben, gegen die die Sträflinge mancher Zuchthäuser rebellieren würden. Mit dieser Zuchthausordnung beschäftigte sich nach dem „Vorwärts" das Reichsarbeitsgericht als Revisionsinstanz am 22. Juni in einer Anklage des Bauarbeiters K. gegen die Beton- und Monierbau A.-G. in Berlin, auf Wiedereinstellung und Nachzahlung von Lohn.

Der Kläger, Baudelegierter, war bei der Beklagten als Betonarbeiter bis zum 16. August 1928 auf der Baustelle Deutsche Werke Haselhorst tätig. Die Baustelle liegt auf dem Gelände der Bauherrin, der Siemens- und Schuckertwerke. Diese haben Vorschriften für die auf ihren Grundstücken beschäftigten Arbeitnehmer fremder Firmen, Vorschriften, denen sie anders ordnen, daß auch diese sich der Torkontrolle zu unterwerfen haben, und bei Verweigerung der Kontrolle auf dem Werksgelände der Siemens- und Schuckertwerke nicht mehr beschäftigt werden dürfen.

Der Kläger wurde am 15. August 1928 bei Beendigung der Arbeitszeit von dem Werkshauskneht, dem sogenannten Kontrollbeamten der Siemens- und Schuckertwerke am Ausgang angehalten und aufgefordert, sich zwecks Kontrolle in den Untersuchungsraum zu begeben. Der Kläger verweigerte die Untersuchung. Er erklärte auch am nächsten Morgen, daß er sich nicht durch die Kontrollbeamten der Siemens- und Schuckertwerke untersuchen lassen werde. Die Siemens- und Schuckertwerke teilten darauf der Beklagten mit, daß sie den Kläger nicht weiter auf ihrem Gelände dulden würden.

Die Beton- und Monierbau A.-G. suchte den Kläger dazu zu veranlassen, die Arbeit auf einer ihrer anderen Baustellen fortzuführen. Die verweigerte der Kläger mit Rücksicht auf seine Baudelegierteneigenschaft. Die Beklagte entließ den Kläger darauf wegen Verstoßes gegen die Ordnungsvorschriften der Siemens- und Schuckertwerke. Mit Rücksicht auf seine Eigenschaft als Baudelegierter hält der Kläger seine Entlassung für unzulässig. Er hätte niemals stillschweigend das Kontrollrecht der Bauherrin anerkannt. Auch habe er sich ständig geweigert seine Aktentasche durchsuchen zu lassen. Derartige Kontrollen seien auch im Baugewerbe keineswegs üblich. Er klage daher auf Wiedereinstellung und Lohnnachzahlung.

Das Arbeitsgericht erkannte auf Wiedereinstellung und Nachzahlung des Lohnes. Gegen dieses Urteil legte die Beklagte Berufung ein. Das Landesarbeitsgericht bestätigte die Wiedereinstellung, lehnte aber den Zahlungsanspruch ab.

Der Kläger legte deshalb Revision gegen das Urteil ein. Das Reichsarbeitsgericht entschied zu seinen Gunsten. Eine solche Torkontrolle könne allgemein den Arbeitnehmer nicht zugemutet werden. Es bedarf dazu einer besonderen Vereinbarung, sei es im Einzelarbeitsvertrag, oder in der Gesamtvereinbarung. Eine derartige Vereinbarung liegt nicht vor. Darin aus ergibt sich, daß der Arbeitnehmer im vorliegenden Falle sich der Torkontrolle nicht zu unterwerfen brauchte. Und für gut und richtig befunden. Da diese neue Gesindeordnung der demokratischen Republik der alten, bis zum November 1918 gültigen, Gesindeordnung der mittelalterlichen Feudalherren glich wie ein Ei dem andern, hatte keine bürgerliche Regierung bisher den Mut, das Ding dem Reichstag vorzulegen. Das Gesindezuchthausgesetz hätte zum mindesten bei der Sozialdemokratie eine derartig scharfe Ablehnung erfahren, daß die bürgerlichen Parteien mit dem Verlust der Hausangestellten-Stimmen bei den nächsten Wahlen hatten rechnen müssen. Wirklich schlau ist die Sozialdemokratie auch Krach, als der Entwurf in Heft 18 des Reichsarbeitsblatts vom 6. Juni 1928, also sechs Jahre nach seiner Geburt, erstmalig erschien.

Nunmehr haben wir auch im Reich eine „Arbeiterregierung". Und am 25. Juni 1929 ist dasselbe „Hausgehilfengesetz" als Heft 18 des Reichsarbeitsblatts erschienen, und die Sozialdemokratie begrüßt es als demokratischen Fortschritt mit beiden Armen. Es ist gar nicht daran zu zweifeln, daß es vom Reichstag angenommen werden wird. Bis dahin wollen wir unsere Kritik zurückstellen. Nur soviel sei bereits gesagt, daß in diesem Entwurf das Gesindebuch „Personalausweis" heißt und eine Begrenzung der Arbeitszeit nicht vorgesehen ist. Lediglich eine Mindestruhezeit von 9 für Jugendliche 10 Stunden, ist vorgesehen. Das heißt also, daß die „Herrschaften" der Demokratischen Republik ihr „Gesinde" 15 Stunden ruhelos, sofern es noch im Kindesalter steht, 14 Stunden ausbeuten und schuhriegeln dürfen. Rechtsinstanz ist das bürgerliche Gericht dieser Ausbeuter. Dem Betriebsrategesetz unterstehen das Hauspersonal nicht, das Recht, Tarifverträge abzuschließen, hat es ebenfalls nicht. Es ist seinem Elend und der Gnade oder Ungnade der „Herrschaften" überliefert.

„Der Sozialismus marschiert", die Sozialdemokratie regiert!

Betriebsräte, die für den Unternehmerverband sind

und deshalb gemaßregelt wurden.

Die Deutsche Buchgemeinschaft, ein Verlagsunternehmen, das mit seiner sozial klingenden Firma auf Gimpelfang in Arbeiterkreisen ausgeht, scheint eine Knochenmühle zu sein, der selbst der Arbeitgeberverband noch zu „revolutionär" ist. Deshalb gehörte sie ihm auch nicht an. Der Betriebsrat wieder „kommunistisch" wie er war, warb für den Arbeitgeberverband, weil er ihm wieder „sozialer" schien als diese famose Buchgemeinschaft. Er verweigerte deshalb die Ueberstunden, die übrigens auch nicht bezahlt wurden, wenn sie geleistet wurden. Bei dem Durchschnittseinkommen von 154 (einhundertundvierundfünfzig) Mark monatlich für die 350 Angestellten scheint das für die Firma selbstverständlich. Der Betriebsrat (wie auch schon Andere vor ihm), wurde deshalb fristlos entlassen. Als Grund wurde angegeben, daß der Anschlag, der die Verweigerung der Ueberstunden aussprach, eine „aufhetzende Kundgebung gegen die Firma" gewesen sei, die den Betriebsfrieden gestört habe. Schließlich habe der Betriebsrat noch einen Artikel in der „Roten Fahne" gutgeheißen.

Der Vertreter des BdA. als Wortführer vor dem Arbeitsgericht bestritt, daß der entlassene Angestelltenrat den Artikel in der „Roten Fahne" gedeckt habe, trotzdem er sachlich richtig war, wofür er den Beweis erbrachte durch die Feststellung einer Frau Dr. Fuchs, einer höheren Angestellten der Firma. „Seit dem die Firma dem Arbeitgeberverband angehört, werden die Ueberstunden geleistet, ohne Bezahlung, für 154 Mark Monatslohn! Das hob der ZdA.-Vertreter mit Stolz hervor als Beweis dafür, daß der Angestelltenrat die Interessen der Firma vertritt. Die betr. Kundgebung sei übrigens nicht von diesem Betriebsrat, sondern von dem vorigen, der dieserhalb auch hinausgeworfen wurde.

Die am Strick des ZdA. ziehenden gemaßregelten „kommunistischen" Betriebsratsmitglieder haben es zwar erreicht, daß die Firma dem Arbeitgeberverband beigetreten ist, dafür hat diese aber sämtliche Angestellte in eine niedrigere Gehaltsstufe eingereiht. Jetzt stimmt die Sache mit dem Tarif und den 154 Mark Monatslohn. Und die Angestellten mit ihrem arbeitgeberverbandfreundlichen „kommunistischen" Betriebsrat sind geblasenkiert, weil hinter der Firma jetzt die Unternehmerorganisation und die Staatsmacht mit ihrem sozialdemokratischen Schlichter und Ministern steht.

Herr Brolat, der Arbeiterführer

Reinigt die städtische Verkehrs A.-G. von klassenbewußten Arbeitern.

Herr Brolat, der sozialdemokratische Direktor der Berliner städtischen Verkehrs-A.-G., warf bekanntlich ein paar Betriebsräte hinaus, weil sie — zur Arbeitsruhe am 1. Mai aufgefordert hatten!

Herrn Brolats, bzw. der Sozialdemokratie und Gewerkschaften Rache ist aber noch lange nicht gestillt. Wo Sozialdemokratie und Gewerkschaften regieren, sollen nur Mameluken, willenlose Kretins, arbeiten. Herr Brolat hielt in einer Vollversammlung der Straßenbahner, Hauptwerk Uferstraße, ein Referat, in dem er u. a. wörtlich sagte:

„**Wir werden kaum die Verwaltung nur haben zu einer staatsbürgerlich, gewerkschaftlich und wirtschaftlich selbstbewußten Arbeiterschaft. Auf die Dauer könne nur mit einer organisierten Arbeiterschaft gearbeitet werden.**"

Organisiert heißt hier soviel wie dem gelben ADGB.-Faschismus die Markstücke abliefern und das Maul halten. Und wer diesem Gewerkschafts-Faschismus anzehört und trotzdem noch irgendwie Charakter an den Tag legt, wird ausgeschlossen. Das ist auch mit den Betriebsräten und Funktionären geschehen, die das Märchen von dem 1. Mai als Weltfeiertag ernst nahmen. Auf diese „Unorganisierten" bezog sich die Anspielung Brolats. Und prompt bakte in der Versammlung ein Herr Schmidt ein und sagte, daß sie dafür sorgen würden, daß die Belegschaft nicht mit unorganisierten Betriebsräten zusammenarbeiten würde. Wie das geschieht, darüber wollen wir der „Roten Fahne" (vom 25. Juni 1929) das Wort geben:

Wie die Sozialdemokratie und Gewerkschaften an der Beseitigung der revolutionären Funktionäre und Arbeiter arbeitet, geht aus dem Verhalten dieser Elemente in der Werkstatt Gleisdreieck hervor. Hier hatte eine Abteilung der Belegschaft in der letzten Zeit nur revolutionäre Vertrauensleute gewählt. Durch Vorlegung der Reverse wurden diesen Vertrauensleuten die Funktionen durch den Verkehrsbund entzogen. Die Direktion lehnte die Verhandlung mit diesen Funktionären ab. Als die rechtmäßig gewählten Funktionäre die Kassierung der Kollegen vornehmen wollten, setzte sich ein Sozialdemokrat ebenfalls in dasselbe Lokal und kassierte die Beiträge, ohne von den Kollegen gewählt zu sein. Die Ortsverwaltung lehnte die Abnahme der Beitragsgelder von den gewählten Funktionären ab.

Bei einer darauf erfolgten Neuwahl wurden die Funktionäre von neuem wiedergewählt. Hierauf wurden mit Hilfe der Direktion 20 Sozialdemokraten in die Werkstätte verpflanzt und wiederum eine Neuwahl vorgenommen. Von 180 Kollegen beteiligten sich nur 43 an der Versammlung, wovon nur 30 abstimmten. Dadurch wurden zwei Sozialdemokraten und ein, Kommunist als Vertrauensmänner gewählt, dem wiederum die Funktionärkarte nicht ausgehändigt wurde.

Hierauf wurde wieder eine Neuwahl gefordert. Die Versammlung wurde aber durch die Sozialdemokraten gesprengt, nachdem sie gesehen hatten, daß für sie eine Majorität nicht vorhanden war. 53 Kollegen blieben jedoch zurück und beschlossen auf Antrag eines Sozialdemokraten, 3 Kollegen zu wählen, die mit den sozialdemokratischen Funktionären verhandeln sollten zwecks Einberufung einer neuen Versammlung. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos, weil die sozialdemokratischen Funktionäre es ablehnten, den Arbeitern das Recht zuzugestehen, sich eine Versammlungsleitung zu wählen."

Hat der italienische Faschismus je mit schäbigeren Mitteln gearbeitet? Und diesen Apparat will die KPD. revolutionieren? Diesem treibt sie die Beitragszahler zu! — Wer ist nun charakterloser?

Kapitalismus und Frauenarbeit

Die rauhe Wirklichkeit hat das alte bürgerliche Ideal, daß die Frau in den Haushalt gehört, zerstört. Die Technik, die das Arbeiten an der Maschine leicht macht, wenn sie auch durch das entlonte Arbeiten ermüdender wirkt, stellte die Frau dem Manne als Konkurrenten gegenüber. Auch der niedrige Verdienst des Mannes reicht zum Lebensunterhalt der Familie nicht aus, und so muß die Frau durch ihre Mitarbeit ihr Scherflein beitragen. Durch verbesserte Technik und Rationalisierung in den letzten Jahren tritt diese Erscheinung besonders krass zutage. Ein Blick in die Statistik lehrt uns, wieviel Frauen bei den einzelnen Volks- und Berufszählungen nur im Haushalt tätig waren, und wie sie ständig abnahmen: Im Jahre 1882: 27 Proz., 1895: 24 Proz., 1907: 17 Proz., 1925: 12,5 Prozent.

Wie weit die weibliche Arbeitskraft in den einzelnen Berufen vorgedrungen ist, beweisen uns die Zahlen nach der Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom Jahre 1925.

Landwirtschaft	Industrie u. Handwerk	Handel u. Verkehr
43,3	25,4	13,7
Freie Berufe u. Verwaltung	**Gesundheitswesen**	**Häusl. Dienste**
2,5	2,6	12,5

Diese Zahlen zeigen das Anwachsen der erwerbstätigen Frauen und Mädchen. Um zu verhüten, daß sie als Lohndrücker mißbraucht werden, müssen sie in die Klassenfront der Proletarier eingereiht werden.

„Eine vergleichende Lohnstatistik

Wenn man die Durchschnittslöhne in Philadelphia (drittgrößte Stadt der USA.) gleich 100 setzt, so betragen sie in Ottawa (Kleinstadt in USA. von 10 000 Seelen) 85, in Kopenhagen (Dänemark) 57, in Dublin (Irland) 57, in London (England) 53, in Stockholm (Schweden) 46, in Amsterdam (Holland) 44, in Berlin 34, in Brüssel 29, in Prag 26, in Wien 25, in Warschau 23, in Rom 22.

Die Statistik betrifft die Löhne im Jahre 1928 und ist auf das Realeinkommen umgerechnet. D. h. die angegebenen Differenzen sind unter Berücksichtigung der verschiedenen Preise gedeckt, würden in jeder der genannten Städte von gleichem Kaufwert sein. Demnach verdient der Arbeiter in Philadelphia dreimal so viel als der in Berlin, viermal so viel als in Wien, und mehr als viermal so viel als in Rom.

Da nun aber z. B. der Arbeiter in Rom weniger Lohn aufzuwenden braucht zu seinem Lebensunterhalt als z. B. der in Wien, so steht der Arbeiter in Wien, im „roten" Wien, wo die Sozialdemokratie regiert und den „berühmten" Wiener „Gemeindesozialismus" geschaffen hat, neben dem Arbeiter im polnischen Faschismus und dem des mussolinischen Faschismus an letzter Stelle der Welt. Die tatsächlichen Reallöhne der drei Länder werden sich gleichstehen. Denn man muß berechnen, daß der Arbeiter in Rom keine Heizung gebraucht, auch im Winter nicht, und keine Winterkleidung. Worin besteht nun der Vorteil des Wiener „Gemeindesozialismus"? Die größere Wohnungsnot und die größere Selbstmordziffer in Wien beweist allerdings auch nicht, daß der „Gemeindesozialismus" schlechter ist als der Faschismus. Rom ist eine entvölkerte Stadt und hat daher Wohnungen zur Verfügung, und in Wien greifen mehr Arbeiter zum Gasschlauch und zum Strick, weil sie früher ein besseres Leben gewöhnt waren.

Die Lage in Nordostbayern

Noch vor wenigen Jahrzehnten war das heutige nordostbayerische Industriegebiet eine sehr arme Gegend. In den Kleinstädten und Marktflecken war der Haupterwerbszweig der Bevölkerung die Handweberei und Hausindustrie. Durch die Kleinbauern, die alle Mühe, dem steinigen Boden der Oberpfalz und des Fichtelgebirges etwas abzugewinnen.

Nach dem Kriege von 1870/71 entstanden in den nahen nordwestböhmischen Städten Eger und Asch, sowie in den nordostbayerischen Städten Hof, Naila, Marktredwitz, Wunsiedel usw. verschiedene Textilindustrien. Durch die Konkurrenz dieser Fabriken wurde die Not und das Elend der Handweber immer größer. Hunderte von Bauernsöhnen, Handwerkern und Lohnwebern wanderten damals nach Amerika aus.

Als sich dann in Selb, Marktredwitz usw. die ersten Anfänge der Porzellanindustrie bemerkbar machten, zogen es die armen Handweber vor, sich in den Schwindsuchtsbuden der Porzellanindustrielen um geringen Lohn täglich 10 bis 13 Stunden ausbeuten zu lassen, als am Webstuhl zu verhungern. Auch die Bauernsöhne, die nicht das Glück hatten, den väterlichen Haus- und Grundbesitz zu übernehmen, suchten sich in der Industrie ihr weiteres Fortkommen. So entstanden im Zeitraum von 10 bis 20 Jahren riesige Porzellanfabriken, Glashüttenwerke und eine ansehnliche Textilindustrie.

Durch brutale Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft flogen den Unternehmern ungeheure Gewinne in die Schoß

400 Jahre Utopia

Die ersten ausgearbeiteten Ideen des Kommunismus und die erste ernsthafte Kritik der bürgerlichen Gesellschaftordnung traten schon ganz am Anfang der Entwicklung des Kapitalismus auf, und zwar gerade in England, d. h. in jenem Lande, in welchem dieser Kapitalismus späterhin besonders mächtig wurde und wo im 19. Jahrhundert die große Lehre von Marx und Engels endgültig heranreifte.

Marx und Engels waren aus dem bürgerlichen Lager hervorgegangen, sie hatten ihren Verstand, ihr Talent und ihr Wissen ganz in den Dienst des Kampfes gegen die Bourgeoisie und für die Sache der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten und Ausgebeuteten gestellt. Ebenso hat der Vorläufer des modernen Sozialismus, Thomas Morus (1478—1535), einer der gescheitesten Staatsmänner Englands, die ganze Unsinnigkeit, Grausamkeit und Ungerechtigkeit der damaligen Zustände erkannt und ihnen den Plan einer Gesellschaft entgegengestellt, in der es kein Privateigentum gibt und in der brüderlich-werktätige Arbeit und Gleichheit herrscht, d. h. also der Plan einer kommunistischen Gesellschaft.

Die großen Ideen, im besonderen die sozialen, entstehen nicht zufällig im Kopfe dieses oder jenes Denkers, für ihr Auftreten sind besonders historische Bedingungen erforderlich. Wie Marx und Engels in der stürmischen Periode der europäischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts lebten, so Morus zur Zeit des großen Zusammenbrechens der alten mittelalterlichen Ordnung, der großen Gärung, die vor 400 Jahren in ganz Europa und so auch in England begann. Es war dies die Zeit der Reformationskriege und der Bauernaufstände, die in ihren radikalsten Ausläufern bereits die allgemeine Gleichheit und den Gemeinbesitz als Losung auf ihre Fahne schrieben. In England selbst ruinierten die geldgierigen Gutsbesitzer die Bauern und vertrieben sie in Scharen von ihrem Lande. Es bildeten sich große Massen obdachlos und arbeitslos umherstreifenden Volkes, die um Almosen betteten oder notgedrungen auf den Landstraßen raubten und plünderten. Die Regierung verfolgte und hängte sie erbarmungslos, obgleich sie selbst es war, die sie zu Vagabunden machte.

Morus war zwar sein ganzes Leben lang ein Gegner jeglicher Aufstände und Revolutionen, aber er fand dank seines hervorragenden Verstandes, dank seiner tiefen wissenschaftlichen und praktischen Kenntnisse auf allen Lebensgebieten, die wahre Ursache aller damaligen Erschütterungen und das einzig wahre Mittel zu ihrer Beseitigung in der Schaffung eines friedlichen und glücklichen kommunistischen Lebens der Menschen. Als Sohn eines Richters hatte er sich in der Universität eine philosophische und literarische Bildung zu eigen gemacht, wurde dann auf Drängen des Vaters Advokat der Londoner Kaufleute und lernte die damaligen ökonomischen Verhältnisse vortrefflich kennen. Als er ins Parlament gewählt wurde, trat er gegen den König auf und mußte deswegen fliehen. Auf seinen Reisen durch Europa erweiterte er seinen geistigen Gesichtskreis noch, indem er fremde Völker und Einrichtungen kennen lernte.

Unter dem neuen König, dem despotischen Heinrich VIII. (1509—1547), wurde Thomas Morus zum Staatsdienst berufen und brachte es bis zum Reichskanzler. Aber er urteilte abfällig über die Politik des Königs und wurde deswegen vor Gericht gestellt. Von den gehorsamen Richtern „wegen Hochverrat" zum Tode verurteilt, starrb er mutig und mit ruhiger Würde unter dem Beil des Henkers.

Während einer seiner Reisen, als er Gesandter in Holland war, und viele Erzählungen von Reisenden über das vor kurzem entdeckte Amerika und die wundervollen transatlantischen Länder zu hören bekommen hatte, schrieb Thomas Morus sein berühmtes Werk aus welchem später ganze Generationen von englischen und französischen Kommunisten gelernt und dem sie ihre Gedanken entnommen haben.

Dieses Werk heißt „Das goldene Büchlein von der besten Einrichtung des Staates und von der neuen Insel Utopia". Berühmt ist das Buch geworden kurz unter dem Namen „Utopia". Das Wort ist aus griechischen Wörtchen zusammengesetzt und bedeutet „Nirgendheim", also die Erzählung von einem nichtexistierenden, phantastischen Lande. Danach bezeichnete man später jeden unausführbaren Traum von einer Zukunftsgesellschaft als „Utopie", und gebrauch

und ermöglichten es den Kapitalisten, ihre Werke ununterbrochen maschinell auszubauen.

Dazu kam damals schon die Konkurrenz der Arbeiter unter sich. Wer seine Arbeitskraft möglichst billig anbot, hatte „Arbeit und Brot", wer sich um mehr Lohn rührte, flog aufs Pflaster. Ein Heer von Kuschern und Mameluken entstand, die in den unternehmerfreundlichen schwarzen Verbänden organisiert waren. Erst als aus Thüringen und Sachsen Facharbeiter einwanderten, machte sich die sozialistische Idee auch hier bemerkbar, und bald entstanden auch Zahlstellen der freien Gewerkschaften (des Porzellanarbeiter-Verbandes). Es kam zu Streiks und Aussperrungen. Teilsiege wurden erfochten, aber die besten Kämpfer flogen nachher aufs Pflaster.

Mit dem Wachsen der Betriebe stieg auch die Zahl der organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen, und bald war den unternehmerfreundlichen christlichen und anderen Gewerkschaften das Lebenslicht hier ausgeblasen.

Während des Krieges wurden in den Betrieben immer mehr Frauen in den Produktionsprozeß einbezogen, die Friedensproduktion wurde in Kriegsproduktion umgestellt und die kleinsten Quetschen wurden zu Kriegslieferanten. So hat man in den Rosenthalwerken neben Gebrauchsgeschirr auch Sprengstoffe usw. fabriziert.

Nach dem langen Kriege blühte das Auslandsgeschäft wie noch nie (60 Prozent der Produktion wurde allein nach Amerika exportiert). Die Arbeiter wurden mit wertlosen Papierfetzten „entlohnt". In der Inflation hat man die Löhne mit Schecks ausbezahlt, die im Zeitraum von einigen Tagen vollständig wertlos waren.

Als im Herbst 1923 kein Ausweg mehr zu sehen war, als die Gewerkschaften unfähig waren, die Lage der Arbeiter einigermaßen zu verbessern, als sich die Bonzen immer hemmend in den Weg stellten, bekam die KPD. immer mehr und mehr Zuwachs. Die Empörung der Massen richtete sich damals nicht nur gegen das bestehende System, sondern sie erkannten instinktiv die konterrevolutionäre Rolle der Gewerkschaften und ihrer Bonzen.

In verschiedenen Gewerkschaftsversammlungen verhinderten die Arbeiter ihre Bonzen am Reden und charakterisierten sie als Verräter am proletarischen Klassenkampf. Hätte damals das mitteldeutsche Proletariat die Waffen ergriffen, der Hunger, die Verzweiflung hätte die Spontaneität der Masse gesteigert und auch das nordbayerische Proletariat wäre auf die Barrikaden gestiegen.

Es folgte nun eine Periode der Gewerkschaftsaustritte. Die Arbeiter wollten ihre vollgefressenen Gewerkschaftsbonzen nicht mehr weiterernähren, sie forderten revolutionäre Organisationen. In verschiedenen Versammlungen forderten die Arbeiter die Einstellung der Gewerkschaftsbeiträge, teils wurde die Gründung roter Gewerkschaften erörtert, teils verlangte man in den Betrieben den abteilungsweisen Zusammenschluß (Streikkessen unter eigener Verwaltung der Arbeiter).

Prell, der Sprecher und Unterbezirksleiter der KPD., erklärte damals in diesem Sinne:

„Genossen! Es geht nicht an, die Spaltung der Gewerkschaften herbeizuführen. Es geht jetzt um die Ersetzung der konterrevolutionären Gewerkschaftsführer durch „revolutionäre Führer. Die Gewerkschaften müssen wieder zu Organen des Klassenkampfes werden. Wir müssen die Gewerkschaften erobern.

Prell durfte eben nur den Standpunkt seiner Partei vertreten. Er mag diesen Standpunkt in ehrlichster Gesinnung vertreten haben, in der damaligen Zeit war es ein Verbrechen, den konterrevolutionären Gewerkschaften Zutreiberdienste zu erweisen. Zum Dank dafür hat man Prell u. a. Genossen aus dem Porzellanarbeiter-Verband ausgeschlossen, damit er draußen desto stärker schreien kann „Hinein in die Gewerkschaften!"

Auf Grund dieser Ausschlüsse verlangten die Arbeiter wiederum die Gründung einer revolutionären Organisation. Prell erklärte damals wörtlich:

„Genossen, wir können keinen neuen Laden aufmachen."

Diese Politik war die eines Christus: „Gebt den vollgefressener Gewerkschaftsbonzen, was der Bonzen ist und gebt der KPD. was der KPD. ist."

Wer damals diesen verschiedenen Versammlungen beigewohnt hat, der mußte den Eindruck bekommen, als sei nun die Frage der Gewerkschaftseroberung in allernächste Nähe gerückt. Fünf Jahre sind nun seitdem verflossen. Am System der Gewerkschaften hat sich nur insofern eine Aenderung vollzogen, daß sie immer mehr und mehr mit dem Klassenstaate verwachsen sind, wie jedes Gewerkschaftsgebilde (und seien es auch rote Gewerkschaften) im Zeitalter des Monopol-Kapitalismus mit dem Klassenstaate verwachsen muß.

Ich erwähne nur die roten Gewerkschaften in der Cechei, die ebenso wie die freien Gewerkschaften unter dem Proektorat des tschechischen Staates stehen. Gewerkschaftspolitik ist eben Reformpolitik, und wenn sich an dieser Reformpolitik sogenannte Kommunisten beteiligen, dann sind sie eben Reformisten. Wer den Sumpf erobern will, wird darin ebenfalls versumpfen. Es kommt vor, daß aus diesem Sumpfe Blumen hervorwachsen. Man nennt sie Sumpfblumen.

Der heutige Sozialdemokrat Rüger (gewesener Kommunist) hat auch erobert. Er sitzt heute als Gewerkschaftssekretär im „Amte" mit einem Monatsgehalt von 340.— RM.

Die KPD. schreit heute mehr als je „Beseitigung der opportunistischen Führer und deren Ersetzung durch Kommunisten, vergißt aber den Arbeitern zu sagen, daß, wenn morgen ein Kommunist an dieselbe Stelle gesetzt wird, er ebenso wie sein Vorgänger im Reformismus versumpfen wird.

In den letzten Jahren hat sich auch hier die Lage der werktätigen Schichten einem verschlimmert durch wachsende Teuerung und erhöhte Ausbeutung. Die Massenarbeitslosigkeit hat diesen Winter unheimliche Formen angenommen. Wenn ein Teil der Erwerbslosen im Baufach für einige Monate Arbeit heute gefunden hat, so ist die Zahl der Erwerbslosen noch immer eine ungeheure. Es ist dies schon ein Dauerzustand.

Bereits vor Jahren hat sich in der Glasindustrie eine Konzentration zwischen deutschen und tschechischen Glasfabriken vollzogen. Während die tschechischen Klassengenossen für einen Wochenlohn von 150—200 tschech. Kronen (d. s. 18—25 RM.) arbeiten, hat man die deutschen Betriebe teilweise stillgelegt und teilweise derartig technisch verbessert, daß dieselbe Arbeit wie früher von 60 Prozent der früheren Arbeitskräfte geleistet werden kann. Allerdings sind durch den Rationalisierungsprozeß die bayerischen Arbeiter besser bezahlt als in der Cechei. Es ist daher selbstverständlich, daß ausländische Arbeiter trachten, in den Grenzgebieten Deutschlands Arbeit zu bekommen, um ihr Hungerdasein etwas zu verbessern.

Vor allem macht sich das im Baugewerbe bemerkbar. Weil also die tschechischen Arbeiter etwas billiger arbeiten, ziehen die hiesigen Unternehmer mit Vorliebe fremde Arbeitskräfte heran. Bekanntlich lenken die Kapitalisten den rollenden Wagen gern auf ein totes Geleise. Die Proleten suchen nun nicht die Ursachen ihrer Notlage im kapitalistischen System, sondern sie schimpfen auf die ausländischen Klassengenossen, die dem deutschen Arbeiter die Arbeit wegnehmen.

Für uns als revolutionäre Marxisten gibt es nur eine Aufgabe. Wir müssen den Proletariern aufzeigen, daß sich der Kampf nicht gegen bestimmte Auswirkungen, sondern gegen das bestehende System richten muß, daß dem Proletariat nicht durch Bonzen und Frasseure geholfen werden kann, sondern daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann.

Dem Proletariat muß klar vor Augen geführt werden, daß die Gewerkschaften ein Glied der Ausbeutungsordnung sind und nichts zu tun haben mit dem revolutionären Machtkampf des Proletariats.

Unser Kampf ist kein Kampf gegen Personen, weil diese Personen nur das Produkt bestimmter Verhältnisse sind, unser Kampf richtet sich gegen die kapitalistische Ordnung und gegen alle Stützen dieser Ordnung (Staatsapparat, Gewerkschaft und Parlament).

Nur auf der Grundlage des Rätesystems wird das Weltproletariat den Sieg erringen. R.

Steigende Arbeitslosigkeit

Zunahme in Berlin um 4669 in 2 Wochen.

Die Stagnation am Arbeitsmarkt ist in ein offenes Ansteigen der Arbeitslosenziffer umgeschlagen. Im Bereich des Arbeitsamts Berlin-Brandenburg stieg die Arbeitslosenziffer in der mit dem 15. Juni endenden Woche um 3425, und in der mit dem 22. Juni endenden Woche um 1244, auf 233 317.

Die Krise setzt unverkennbar mit einer scharfen Kurve ein. Die Zahl der zur Entlassung gekommenen Arbeiter ist in Wirklichkeit bedeutend größer, denn es wurden zur vorübergehenden Beschäftigung bei der einsetzenden Heuernte Arbeiter in beträchtlichem Ausmaße eingestellt. Auch Gartenbaubetriebe, die Forstwirtschaft und die Zigarrenindustrie stellten Arbeiter ein. Von der Gesamtzahl der 233 317 Arbeitslosen aus dem Bereich des Arbeitsamts Berlin-Brandenburg entfallen auf Berlin 198 258.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger sank trotz der gestiegenen Arbeitslosenziffer um rund 4000 auf 1 186 862 in der Arbeitslosenversicherung und 27 125 in der Krisenfürsorge. Es erhalten also insgesamt staatliche Unterstützung 143 987 Hauptunterstützungsempfänger. Demnach sind 89 330 Arbeitslose ohne Unterstützung resp. werden Teile von ihnen durch die städtische Armenfürsorge (EH) unterstützt. Es handelt sich hier um solche Arbeitslose, die schon in der Versicherung und in der Krise ausgesteuert sind, also um langfristige Arbeitslose.

Für die Gewissenhaftigkeit sozialdemokratischer Journalistik mag erwähnt werden, daß der „Vorwärts" (vom 25. Juni) aus der gesunkenen Zahl der Unterstützungsempfänger einen „wieder besseren Arbeitsmarkt" macht. In Wirklichkeit sind die 4000 aus der Krise hinausgeworfen bzw. in Arbeit getreten, während andere, tausende entlassener Arbeiter ihre Karenzwoche haben, in der sie keine Unterstützung bekommen.

Ein Gesamtverband der Fertigindustrie

Die verstärkte Kampffront gegen die Arbeiterklasse.

Die Rohstoffe des industriellen Produktionsprozesses ganz Deutschlands, Kohle und Eisen, sind im Besitze einiger, weniger Kapitalsmagnaten. Rund zwei Drittel davon beherrscht alleine der Stahltrust. Diese Rohstoffmonopol-Wirtschaft ist es, die der Arbeiterklasse jeden Pfennig Lohnerhöhung immer wieder wegfrißt, bevor er noch zur Auszahlung kommt. Eine auch noch so geringfügige Preiserhöhung der Rohstoffe wirkt sich umgehend auf die Preise der Waren, Gas, Wasser, Strom, Transporte usw., auf die gesamte Lebenshaltung aus.

Das ökonomische Gesetz, daß Angebot und Nachfrage die Preise regulieren, hat im Zeitalter des Monopolkapitalismus auf die monopolistisch erfaßten Industrien, bzw. auf die weiterverarbeitenden Industrien, die auf die monopolistisch erfaßten Rohstoffe angewiesen sind, keine Geltung. Oft schlägt es sogar ins Gegenteil um. Bei Absatzrückgang werden die Preise erhöht, um aus dem geringeren Quantum abgesetzter Produkte den bisherigen Profit zu ziehen. Die Leidtragenden sind immer die Arbeiter, entweder als Produzent oder als Konsument. Meistens als beides. Die Löhne werden gekürzt oder die Ausbeutung verstärkt, und die Preise für die Lebenshaltung erhöht.

Wie sehr das vertrustete Rohstoffkapital die Warenpreise, ja, die ganze Lebenshaltung beeinflußt, mag ein kleiner Beweis erbringen, wo wir den deutschen Preisen die englischen gegenüberstellen. In England ist die Rohstoffindustrie bekanntlich noch nicht so stark konzentriert, wie in Deutschland. Wir wählen dazu die Preise für wirklich gelieferte Feinbleche in einer Stärke von 0,4 Millimeter.

Im Jahre	Deutsch. Preis	Engl. Preis	Deutscher Preis über den englischen
	Reichsmark pro Tonne		Proz.
1913	231,70	183,60	+ 48,10 + 21,6
1924	345,95	312,40	+ 33,55 + 10,7
1925	351,40	269,55	+ 84,85 + 31,4
1926	293,95	255,—	+ 38,95 + 15,2
1927	331,55	246,—	+ 85,55 + 34,7

Diese Preise sind natürlich Spiegelbilder für die Preise aller Produkte der deutschen Schwerindustrie. Sie erhalten erst ihre richtige Würdigung, wenn wir in Betracht ziehen, daß die Löhne in England immerhin noch ganz beträchtlich über den deutschen liegen und daß ferner die deutsche Schwerindustrie ihre Produkte auf dem Weltmarkt trotzdem billiger liefert als die englische. Die Verbände der betreffenden Halbfabrikaterzeuger gewähren den Exporteuren Prämien in einer Höhe, die sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig machen. Die deutschen Konsumenten zahlen also nicht nur die an sich schon viel höheren Preise, sondern auch noch die Ausfuhrprämien (das Dumping, wie der wirtschaftspolitische Ausdruck dafür lautet).

Der Preisdiktator der Dutzend Eisenkönige ist nicht nur die ganze Nation als Verbraucher untertan, sondern auch die gesamte deutsche eisenverarbeitende Fertigindustrie mit ihren 149 329 Betrieben und 852 690 beschäftigten Personen. Die eisenerzeugende Industrie dagegen beschäftigt nach der Betriebszählung von 1925 nur 220 000 Personen in ein paar Dutzend Betrieben. Wohl schlagen die eisenverarbeitenden Industrien jede Preiserhöhung auf die Waren auf. Sie können das aber ebenfalls nur, wie die Eisen erzeugende Industrie, auf dem Inlandsmarkt. Sie haben aber die Unsicherheit der Kalkulation und die ständige Gewißheit vor Augen, daß sie durch jede Preiserhöhung die Kaufkraft drosseln und mit Betriebseinschränkungen und mit einem Widerstand der Arbeiter zu rechnen haben.

Die eisenverarbeitende Industrie steht jetzt im Begriffe, sich zu einer Dachorganisation, zu einer Zentral-Organisation ihrer Organisationen zusammenzuschließen. Zum Teil ist dies schon gelungen, durch den soeben zustandegekommenen Zentralverband der Blech-, Eisen-, Metall- und Stahlwarenindustrie. Ihm sind bis jetzt angeschlossen: der Reichsverband der deutschen Spielwarenindustrie, die Fachgruppenvereinigung der Weiß- und Schwarzblech verarbeitenden Industrie, der Verband der Drahtwarenfabrikanten und einige andere. Der Eisen- und Stahlwaren-Industrieverband und der Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten stehen noch außerhalb der Dachorganisation. Ueber den Zusammenschluß schweben Verhandlungen.

Wie hier schon aufgezeigt, sind die Fertigfabrikanten schon organisiert, und zwar sehr straff, aber nur in Branchenorganisationen. Diese hatten aber nur Einfluß auf die Gestaltung des Absatzes, der Preise, der Produktionspolitik, und als Waffe gegen die Arbeiterschaft. Den Rohstofflieferanten gegenüber waren sie wehrlos. Die neue zentrale Eisenverarbeiterfront ist nun gedacht als Schutzwall gegen die einseitige Diktatur der Rohstoffkönige, in erster Linie gegen den allmächtigen Stahltrust.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die neue Eisenverarbeiterfront sich zu einem ungemein schlagkräftigen Gewicht auswachsen wird. Den Rohstoffbeherrschern gegenüber allerdings wird sie wehrlos bleiben, jenen, nicht die Schutzzollpolitik des Reiches zur Seite, die die Eisenverarbeiter unter das Diktat der Eisenkönige zwingt. Wohl ist zu erwarten, daß sich Erzeuger und Verarbeiter künftig verständigen und gemeinsam und planmäßig die Ausbeutung des Proletariats als Verbraucher und als Lohnarbeiter betreiben. Die dem Proletariat gegenüberstehende Kapitalistenfront hat sich verstärkt und gefestigt. Das ist der Sinn des Zentralverbandes der Blech-, Eisen-, Metall- und Stahlwarenindustrie. Die Arbeiterklasse mit ihrer Gewerkschaftstaktik, mit ihren kleinen und kleinsten lokalen Streikspielchen sinkt der Kapitalistenfront gegenüber herab zu einem lächerlichen Nichts.

Chronik

Italien verlängert die Militärdienstpflicht. Mussolini hat die Militärdienstpflicht, die bisher mit dem 39. Lebensjahr erlosch, bis zum 55. Jahre ausgedehnt. Begründet wird das mit der Aufrüstung aller anderen europäischen Staaten. — Jetzt hat die deutsche sozialdemokratische Reichsregierung alle Ursache, noch einen weiteren Panzerkreuzer zu bauen.

In Halle wieder „revolutionäre" DMV.-Verwaltung. Wieder. Schon einmal „siegte" die KPD. im DMV. in Halle mit Weyer, jetzt Baumternehmer, an der Spitze. Die KPD. „siegte" jetzt wieder am Sonntag mit 114 gegen 103 Stimmen der SPD., Brandlerianer, Versöhnler usw. Was man kont, ist nicht schwer zu erraten. Die Bonzen werfen die Schreier hinaus, zerträmmern den Verband, setzen eine eigene Ortsverwaltung ein und nehmen die Ausgeschlossenen einzeln und gegen Unterschrift auf. Und die KPD. treibt sie ihnen zu. Diese Taktik ist die einzige, die Arbeiter zu beschäftigen, damit sie nicht zur Erkenntnis kommen und den rechten wie den „linken" Postenjägern die Beiträge entziehen.

Der Ausschluß Klara Zetkins beantragt. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat die deutsche Abordnung in der Komintern den Antrag zum Ausschluß Frau Klara Zetkins aus der Komintern und der Gewerkschaftsinternationale gestellt. — Der „Vorwärts" wirbt um sie, indem er sie als „von Format" bezeichnet. — Also wird Klara wohl bald wieder dort sein, wo sie nie hätte weggehen sollen.

Maslow unterwegs nach Canossa. Die Maslow-Gruppe hat sich nach ihrem Vorbilde Sinowjew und auf dessen Anweisung unterworfen. Sie hat es der KPD. schriftlich gegeben, daß sie sich die ganzen letzten Jahre „auf einem falschen Wege befunden" hat. Eine Anzahl Funktionäre sind schon in die KPD. wieder aufgenommen. Maslow und Ruth sind noch im Fegefeuer.

Bergarbeiterstreik in Polen. Im Sosnowicer Kohlenrevier traten 5000 Bergleute in den Streik. Die Grubendirektion hat nur 70 Prozent der Löhne ausbezahlt. Sie will die Bezahlung der übrigen 30 Prozent ratenweise erledigen.

Arbeiterkämpfe zwischen Weißen und Schwarzen haben in Durban (Südafrika) einem Europäer und vier Eingeborenen das Leben gekostet, zehn Europäer und 41 Eingeborene wurden schwer verletzt. Auch ein europäischer Geheimpolizist soll getötet worden sein. Die Gesamtzahl der getöteten Eingeborenen wird mit 14 angegeben. — Das ist die Folge der Gewerkschaftspolitik der weißen Arbeiter, die die Farbigen nicht zur Solidarität erziehen, sondern sie als Mitglieder ablehnen.

Dr. Wassilliwen in Bonn, die der Gen. Th. wir ihnen die Wahrheit über die Person Wassiliwens, daß Briefe. Warum veröffentlichten die Hamburger nicht den um die „Wahrheit" jeden Kommentars. Von politischen Kretins

Bücher-Ecke

Neue Bücher.

W. Liebknecht, Volks-Fremdwörterbuch, Leinen 6,80 Mk.
Rothstein, Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in England, Leinen, 5,50 Mk.
Synclair, Boston, Kart. 4,80 Mk., Leinen 7,— Mk.

Einmaliges Angebot billiger Bücher.

Dostojewski: „Die fremde Frau"	geb. 0,75 Mk.
Dostojewski: „Erniedrigte und Beleidigte"	geb. 1,50 Mk.
Felden: „Albert Reinkings Höhenflug"	geb. 2,— Mk.
Felden: „Siegfahte Menschen"	geb. 1,50 Mk.
Heine: „Der Rabbi von Bacharach"	geb. 0,75 Mk.
Jung: „Die Technik des Glücks"	geb. 0,50 Mk.
Lindau: „Der Zug nach dem Westen"	geb. 0,90 Mk.
Schaginian: „Abenteuer einer Dame"	brosch. 1,50 Mk.
	geb. 2,— Mk.
Schaginian: „Panzerkreuzer Potemkin"	brosch. 0,50 Mk.
Sinclair: „Die Metropole"	brosch. 1,20 Mk.
	geb. 1,80 Mk.
Sinclair: „Man nennt mich Zimmermann"	geb. 1,80 Mk.
Sinclair: „Die Wechsler"	geb. 2,50 Mk.
Ufermann: „Könige der Inflation"	geb. 0,50 Mk.
Wolf: „Technik und Dichtung"	geb. 0,50 Mk.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung für Arbeiter-Literatur Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.**

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Kassenrevision Donnerstag, den 4. Juli an bekannter Stelle.

3. Bezirk.
Jeden 1. und 3. Donnerstag und jeden 2. und 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Fränzel, Reinickendorfer Str. 42.

6. Bezirk.
Jeden 2. und 4. Freitag im Monat, abends 8 Uhr, bei Reibe, Gitschiner Str. 88.

14. Bezirk.
Jeden Freitag abends 8 Uhr, bei Richard Goder, Weichselstraße 17, Ecke Weserstraße.

15. Bezirk.
Jeden Freitag nachmittag 5 Uhr, bei Jahnke, Niederschöneweide, Brückenstr. 3.

17. Bezirk.
Jeden Freitag, abends 8 Uhr, bei Kusche, Lichtenberg, Marktstr. 7.

Berlin SO 36. Lausitzer Platz 13.

Herausgeb. und f. d. Inhalt verantwortl.: Wilh. Tietz-Berlin N.
Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdonat, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Name: .....

Ort: .....

Straße: .....

10. Jahrg Nr. 28 Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiter-Literatur", Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, Juli 1929.
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Pl. 13.

Bei Bezug unter Streifband vierteljährlich 2,50 Mk. incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Der Young-Plan

(Schluß.)

Die internationale Bank ist überhaupt das Lieblingskind — die wirtschaftliche Parallele zum Völkerbund. Sie umfaßt alle pazifistischen Illusionen, trotzdem sie nur ein Zweckgebilde zur besseren Eintreibung und Verwertung der deutschen Reparationszahlungen ist. Ihre wahre Funktion läßt sich in wenigen Sätzen umschreiben. Sie ersetzt die Reparationskommission, den Reparationsagenten und die Kommissare. Die direkte Kontrolle wird in ein indirektes System mit derselben Effektivkraft umgesetzt. So verlangt es die Demokratie und das deutsche Nationalgefühl. Ferner muß sie den Sachlieferungsverkehr, der auf 10 Jahre beschränkt ist und von 750 Millionen im Jahre 1930-31 jährlich um 50 Mill. sinkend auf 300 Mill. im Jahre 1938-39 fällt, in diesem Zeitraum regeln und nach diesem Moment bei Transferschwierigkeiten wieder übernehmen. Sie hat also den restlosen Bartransfer beschleunigst herbei und durchzuführen. Für den ungeschützten mobilisierbaren Teil muß die Reparationsbank die Kommerzialisierung und auf Wunsch die Mobilisierung in die Wege zu leiten.

Zu diesen treuhänderischen Aufgaben kommen noch zwangsläufig weitere Funktionen hinzu. Das deutsche Kapital würde bei dem heutigen Stand der Weltwirtschaft, insbesondere bei der Abschließung der Industriestaaten gegen jede Einfuhr nicht imstande sein, von der Sachlieferungsreparation zur Barzahlungsreparation abzugehen. Es muß also für das deutsche Kapital ein weiteres Absatzgebiet geschaffen werden, durch das der bisherige Wirkungskreis der übrigen Staaten nicht beeinträchtigt wird. Deshalb ist im Sachverständigenplan vorgesehen, daß die Reparationsbank zur Ausweitung der deutschen Ausfuhr und des Welthandels der deutschen Wirtschaftskredite geben soll. Besonders die englische Industrie hat ein erhebliches Interesse, daß sie nicht durch den deutschen Wettbewerb beeinträchtigt würde. Deshalb hatte der englische Sachverständige Sir Josiah Stamp bereits seit Jahren den Gedanken einer weit ausgreifenden weltwirtschaftlichen Investitionspolitik mit Hilfe deutscher Sachlieferungen verfochten. Das deutsche Kapital soll die Erschließung der den Ententemächten gehörigen Kolonialländer fördern. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß von dieser Seite besondere Programme für Sachlieferungen während des Laufes der deutschen Zahlungen aufgestellt werden. Das deutsche Kapital muß seinen Export ganz erheblich vergrößern, wenn es in der Lage sein will, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Auf diese Weise muß das Ententekapital zwangsweise zur Stärkung des deutschen Industrieapparates und seiner imperialistischen Möglichkeiten beitragen. Die internationale Ueberbank ist also auch in dieser Richtung nur ein Mechanismus zur besseren Ausbeutung des deutschen Proletariats. Wenn dann weiter die Sachverständigen davon ausgehen, daß die Bank ein stabilisierender Faktor für die Wechselkurse sein wird, so ergibt sich dies ohne weiteres aus der Notwendigkeit, die Riesensumme der Jahreszahlungen aus Reichsmark in Devisen umzuwandeln.

Den größten Gewinn aus der Regelung im Youngplan zieht das französische Kapital. Von der ungeschützten Annuität, die unveränderlich 110 Millionen im Jahre beträgt, erhält es allein 500 Millionen. Den Rest von 160 Millionen, von dem noch durchschnittlich 75 Millionen für die Verzinsung und Tilgung der Dawesanleihen abgehen, haben sich die übrigen Staaten zu teilen. Durch diese Regelung, die es bei den übrigen Gläubigern durchgesetzt hat, hat es den Betrag sichergestellt, den es insbesondere für die Umwandlung französischer Staatsschuldverschreibungen in deutsche Reparationsbonds benötigt. Ein weiterer Vorteil ist darin zu erblicken, daß die Klauseln, die Deutschland das Recht geben, einen Uebertragungs- und unter Umständen auch einen Zahlungsaufschub zu erklären, im wesentlichen parallel zu den dementsprechenden Bestimmungen der Kriegsschuldenabkommen von London und Washington laufen, die Frankreich das Recht geben, für seine Schuldentilgung einen zährigen Zahlungsaufschub zu erklären.

Durch diese Regelung ist im Durchschnitt die Hälfte des französischen Reparationsguthabens gewährleistet. Es ist auch aus einem anderen Grunde an einem baldigen Inkrafttreten des Youngplanes interessiert, weil es die fällige Schuld für Materialkredite von über 1,7 Milliarden Reichsmark durch Ratifizierung des Washingtoner Schuldenabkommens unter sehr starker Ermäßigung auf Jahrzehnte verteilen kann. Diese Situation macht sich das deutsche Kapital insofern zunutze, als es gleichzeitig

(Schluß Seite 2)

Schwarzrotgoldener Faschismus

Die Republik steht also fest, so fest, daß sie jedes gesetzlichen Schutzes entbehren kann. — Wenn jemals in der Weltgeschichte eine freche Komödie aufgeführt wurde, deren wahren Sinn die Schauspieler selbst im Schlußakt deutlich enthüllten, so die mit dem Gesetz zum Schutz der deutschen Republik. 1929 glaubt man, daß sich die Arbeiterklasse ohne besondere gesetzliche Peitsche an die brutale Ausbeutung gewöhnt hat, — oder im Falle eines Widerstandes ohne besonderes „Gesetz" in Schach zu halten ist. Der Sinn dieser Festigung der Republik liegt darin, daß die Bourgeoisie alle Kräfte entbindet und gegen das Proletariat mobilisiert und sich selbst keinerlei Schranken mehr aufzuerlegen gewillt ist bei ihrem Mobilisierungsplan und seiner Durchführung. Sie will den Luxus langweiliger Gerichtsverhandlungen beseitigen, wenn faschistische Banden im Interesse der Demokratie „Ordnung" schaffen.

Die Sozialdemokratie jedoch läßt auch — getreu ihren Grundsätzen — nun „das Vaterland nicht im Stich", und erklärt frank und frei, daß sie selbst die Diktatur übernehmen, wenn diese Diktatur unvermeidlich wird.

Die Phrase von Demokratie löst sich endlich in blauen Dunst auf. Letzten Endes ist der offene Terror einer Klasse entweder die Herrschaft einer bankrotten Gesellschaftsklasse, die sich mit den Mitteln des blutigsten Terrors an der Macht zu halten gedenkt, weil sie ihre gesellschaftlichen Funktionen selbst nach ihren Prinzipien nicht mehr zu erfüllen vermag — oder er ist die Gewalt der neu aufstehenden, historisch berufenen Klasse, die Menschheit vor dem Versinken in die Barbarei zu retten. Er ist in jedem Fall das äußere Symptom der Krise. Unter Beibehaltung der kapitalistischen Ausbeutung ist es in der Sache gleichgültig, welche Partei die Diktatur ausübt, ob die Sozialdemokratie, oder die vom Kapital bestellten faschistischen Organisationen. Wesentlich ist, ob die Diktatur im **Interesse des Kapitals, oder des Proletariats ausgeübt** wird. Und dafür geben — neben der Vergangenheit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften — die letzten Vorgänge eindeutig Aufschluß.

Die Sozialdemokratie hat den „großen Erfolg", den „Young-Plan" aus der Taufe gehoben zu haben, genau so frech als im Interesse des Proletariats hingestellt, wie sie die „Vaterlandsverteidigung", den „Friedensvertrag" von Versailles, die Rationalisierung; jede Maßnahme, die im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Herrschaft lag, als „Wohltat" oder „kleineres Uebel" für das Proletariat umlog. Und immer, wenn die Sozialdemokratie die Gehirnmassage am Proletariat durchgeführt hatte, rückte die Bourgeoisie heraus mit zwei praktischen Forderungen, die sich aus der „neuen Lage" ergaben. So auch jetzt.

So schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung", die man als eindeutiges Sprachrohr der deutschen Volkspartei ansprechen kann, der Sozialdemokratie folgendes ins Stammbuch:

„Wir halten es für ganz und gar unmöglich, an eine Ratifizierung des Young-Planes zu denken, **wenn nicht vorher auch über ein ernstes und durchgreifendes Reformprogramm über die innere Verwaltung und die öffentliche Wirtschaftsordnung eine Einigung erzielt worden ist.** Die Schwierigkeiten, die sich anläßlich der Regierungsbildung im Frühjahr ergaben, **bestehen in gleicher Stärke fort und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die jetzige Regierungsgemeinschaft auseinanderbersten muß, wenn der bankrotte staatssozialistische Dilettantismus weiter die Stunde regiert."**

Was das deutsche Kapital unter „staatssozialistischem Dilettantismus" versteht, kann man nur richtig ermessen, wenn man berücksichtigt, wie dieser Dilettantismus, den die Sozialdemokratie reitet, in Wirklichkeit aussieht. Nehmen wir zuerst die rein ökonomische Seite, der kein „Schiedsspruch" entgegensteht: Jene Preisrevolution, wie sie durch die **neuen Zölle** folgt, und noch weiter folgen wird.

Der Zoll auf Roggen, Weizen und Hafer, der bisher 5 Mark pro Doppelzentner betrug, stellt ich nach den Beschlüssen des Reichstages mit Wirkung vom 10. Juli auf 6 Mark für Roggen und Hafer, auf 6,50 Mark für Weizen. Das sind die Sätze des schwedischen Handelsvertrages. Diese Sätze gelten nur für die Einfuhr aus solchen Ländern, die im Handelsverkehr mit Deutschland das Meistbegünstigungsrecht besitzen. Zu ihnen gehören nicht Australien und Kanada. Gerade aus Kanada bezieht Deutschland sehr viel Weizen. Die Einfuhr aus Australien und Kanada ist von nun an mit einem Zoll von 7 Mark für Roggen und Hafer, **von 7,50 für Weizen belegt.** Die Kündigung des schwedischen Handelsvertrages erfolgte jedoch bereits, und zwar zum 15. Februar 1930. Es ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß bei einer Erneuerung des schwedischen Handelsvertrages die alten Zollsätze verschwinden und höhere festgesetzt werden. Der Zoll auf Mehl stellt sich ebenfalls mit Wirkung vom 10. Juli auf 14,50 Mark pro Doppelzentner. Das ist gegenüber dem bisherigen Vertragssatz eine Steigerung von 3 Mark. Der Mehlzoll auf die Einfuhr aus Ländern ohne Meistbegünstigung beträgt 8,75 Mark. Vor dem Kriege belief sich der Vertragssatz auf 10,20 Mark. Der Zoll auf Butter wurde von 27,50 Mark auf 50 Mark hinaufgesetzt. Vor dem Kriege betrug der Zoll auf Butter 20 Mark. Erhöht wurden ferner die Zölle auf Molkereiprodukte. Bisher war die Einfuhr von Kartoffeln in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli mit einem Zoll von 1,50 Mark und in der Zeit vom 1. August bis 14. Februar mit 1 Mark belegt. Die vom Reichstag beschlossene Steigerung stellt sich in der erstgenannten Periode auf 2,50 M. und in der zweiten auf 1 Mark. Die erstgenannte Periode läuft von nun an bis 31. August. Der bisherige Zuckerregulativpreis von 21 Mark bleibt bestehen, es tritt jedoch in der Zeit von Januar bis September monatlich ein progressiver Zuschlag von 15 Pf. hinzu, so daß im September der Regulativpreis den Betrag von 22,35 Mk. erreicht. Die Verschärfung der Einfuhrbedingungen für Vieh und Fleisch bedeutet praktisch die Errichtung einer Barriere gegen die Einfuhr zum Schutz des inländischen Vieh- und Fleischwuchers.

Wir sprechen hier nur nebenbei davon, daß die Zentrumspartei in dieser Agrarpolitik nur einen Anfang sieht. Die „Germania", das führende Zentrumsorgan, stellt — um Mißdeutungen vorzubeugen — in seiner Nummer vom 26. Juni d. J. fest:

„Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß auch das Zentrum in den jetzt beschlossenen Maßnahmen nur eine Etappe sieht, die dadurch ergänzt werden muß, **daß bereits im Herbst eine Reihe anderer dringlicher Fragen der Agrarpolitik behandelt und gelöst werden müssen."**

Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß die Sozialdemokratie „mit sich reden lassen" wird, wenn die jetzige „Regierungsgemeinschaft auseinanderzuplatzen" droht. Aber bis dahin ist noch Zeit, man muß auch an anderen Fragen **„Entgegenkommen" zeigen.** Der Abbau der Krisenfürsorge ist bereits Beweis genug dafür, daß man ganze Arbeit zu leisten gewillt ist — um die „Ruhe und Ordnung" aufrecht zu